Actualités 1/2023

Die elektronische Zeitschrift der
Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V.

Termine 2023

Vorseminar
12. - 14.09.2023 in Toulouse

37. Deutsch-Französisches Juristentreffen
14. - 17.09.2023 in Toulouse

Liebe Mitglieder,
liebe Freund*innen der DFJ,

die erste Ausgabe 2023 der *Actualités* erscheint kurz nach der großartigen Heidelberger Frühjahrstagung, worüber wir – in der gebotenen Länge – in der Sommerausgabe berichten werden. Einen Bezug zu unserer Heidelberger Tagung hat diese Ausgabe doch: Das 70-jährige Jubiläum der DFJ, das mehrfach in den Ansprachen erwähnt wurde und auf den nachfolgenden Seiten einen gebührenden Platz findet. Wir freuen uns über ein richtungsweisendes Grußwort unseres Präsidenten und auf Stimmen von langjährigen Mitgliedern über das, was sie mit der Vereinigung und den Jahrestagungen persönlich verbinden.

Liebe Leser*innen, womöglich werden Sie darüber staunen und bereitwillig (oder widerwillig?) das erstmalige Erscheinen des Gendersternchens in unseren guten alten *Actualités* wahrnehmen. Die Schriftleitung meint, dass eine gendergerechte Sprache auch einer 70 Jahre alten Vereinigung gut zu Gesicht stehen würde, und führt insofern ein Experiment in den drei Ausgaben 2023 durch. Schreiben Sie uns ohne Umschweife, was Sie davon halten. Ihre Beiträge werden für zukünftige, unseres Erachtens unumgängliche Debatte in unseren Mitgliederversammlungen sehr hilfreich sein.

Ihre

Fabienne Kutscher-Puis

Chers membres,
chers amis et amies de la DFJ,

La première édition des Actualités 2023 des *Actualités* paraît juste après le superbe congrès de Heidelberg, dont nous vous informerons en longueur, comme il se doit, dans notre édition d'été. Un lien existe cependant bien entre le congrès de Heidelberg et la présente édition : le soixante-dixième anniversaire de la DFJ qui a été évoqué à plusieurs reprises dans les allocutions et trouve une place méritée dans les pages suivantes. Nous sommes heureux de vous présenter un message de notre Président qui marque bien la voie que nous suivons et des mots de membres de longue date sur ce qu'ils associent personnellement avec l'association et les journées annuelles.

Chers lecteurs et lectrices, il se peut que vous soyez surpris et remarquiez de bonne grâce (ou à contre-cœur ?) la première apparition de l'étoile gender allemande dans les textes allemands de nos bonnes vielles *Actualités*. La Rédaction estime qu'un langage respectueux de la diversité irait bien aussi à une association vieille de 70 ans et mène une expérience en ce sens dans les trois numéros de 2023. N'hésitez pas à nous dire ce que vous en pensez. Vos contributions seront très utiles en vue des futurs débats qui nous semblent inévitables au sein de nos assemblées générales

Cordialement

Fabienne Kutscher-Puis

Inhaltsverzeichnis

Die Vereinigung aktiv 4

Grußwort des Präsidenten 4
Mitgliederstimmen zum 70-jährigen Jubiläum der DFJ 5

Praxiswissen 12

Das Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 2. Juli 2019 12
von Sebastian Glas, München, und Dr. Konstanze Brieskorn, Paris/Berlin

Aus den Hochschulen 20

Die Exzellenzpreise 2023 20
von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M., Düsseldorf
L'OFAJ, un atout soixantenaire en pleine forme 23
von Gabrielle Le Porcher, Strasbourg

Im Gespräch 24

Franziska Läßle, Legal Counsel DACH bei Insight 24

Iurisprudentia 27

Le droit allemand de la vente soumis à la Cour d'appel de Versailles 27
von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M., Düsseldorf

Recht verständlich 32

Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung - La durée du travail et son contrôle 32
von Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin/Paris

Lesenswertes 33

Sina Maria Kemper, Erfolgsbedingungen innovativer Beteiligungsverfahren in modernen Demokratien Eine Untersuchung am Beispiel des Konsultationsverfahrens zur Revision des französischen Bioethikgesetzes 33
von Dr. Jürgen Jekewitz, Bonn/Dorweiler
Philipp Wollert, Entgrenzte Tätigkeit und ständige Erreichbarkeit im Mobile Office – Das französische droit à la déconnexion als Vorbild für Deutschland? 35
von Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin/Paris
Literaturhinweise BIJUS 37
von Dr. Maria Kordeva, Strasbourg/Sarrebruck

Neue Perspektiven 47

Stellenanzeige Deutsch-Französische Hochschule, Generalsekretariat, Saarbrücken: 47
Jurist (m/w/d) in Teilzeit (50 %)

Stellenanzeige GGV Avocats Rechtsanwälte, Paris: 48
Collaborateur junior / Mid-level en droit des affaires (h/f/x)

Stellenanzeige MARS - IP, deutsch-französische Anwaltskanzlei, Berlin: 51
Dreisprachiger Rechtsanwalt / Avocat (m/w/d)

Stellenanzeige Condor Flugdienst GmbH, Neu-Isenburg: 53
Praktikant im Bereich Recht mit dem Schwerpunkt Zivil- oder Wirtschaftsrecht (m/w/d)

Impressum

Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V.

Präsident:
Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

Vizepräsident:
Dr. Heiner Baab

Generalsekretärin:
Dr. Fabienne Kutscher-Puis

Schatzmeister:
Dr. Christoph Hirschmann

Redaktion:

Dr. Fabienne Kutscher-Puis (V.i.S.d.P.)
fkp@kutscher-puis.com

Dr. Konstanze Brieskorn
k.brieskorn@hwh-avocats.com

DFJ-Sekretariat:

Jutta Leither
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Fachbereich 03
D-55099 Mainz

Telefon: +49 6131 39-22412

E-Mail: jleith@uni-mainz.de

Vereinsregister Mannheim VR 100197

Internet
www.dfj.org

Die Vereinigung aktiv

Grußwort des Präsidenten zum 70-jährigen Jubiläum der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung

von Prof. Dr. Marc-Philippe Weller, Heidelberg

Liebe Mitglieder und Freund*innen der DFJ,

unsere Vereinigung hat einen Grund zu feiern. Sie wird 70 Jahre alt! Und sie hat noch nie so viel Resonanz erfahren wie heute. Weit über 1.000 Mitglieder tragen und unterstützen die DFJ. Besonders stolz sind wir auf die Breite der Repräsentationsbasis. Die Mitglieder kommen von links wie rechts des Rheins, dabei sind alle juristischen Berufsgruppen vertreten: die Anwaltschaft, die Justiz, die Verwaltung, das Notariat, die Unternehmen und die Wissenschaft. Eine besondere Freude ist der stetig wachsende Zuspruch von Seiten der Studierenden, Referendar*innen und Doktorand*innen. Eine Vereinigung, bei der die „Jugend“ immer zahlreicher wird, steht für die Zukunft!

Doch schauen wir kurz zurück: Bereits im Jahr 1953, im noch düsternachwirkenden Schatten der beiden Weltkriege, blickten eine Handvoll Jurist*innen aus Deutschland und Frankreich nach vorne. Sie wollten die überkommene Feindschaft der beiden Länder überwinden und zur Völkerverständigung und Friedenssicherung in Europa beitragen. Dies schlug sich nieder im fast schon pathetisch anmutenden § 2 Abs. 2 unserer DFJ-Satzung: „Zweck der Vereinigung ist die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.“

Noch um die Jahrtausendwende klangen „internationale Gesinnung“ und „Völkerverständigung“ verstaubt, gleichsam von gestern. Man war auf dem Weg der Globalisierung, Grenzen spielten kaum eine Rolle mehr, die deutsch-französische Achse verlor an Bedeutung, die Staaten schienen zu einer Welt zu verschmelzen. Dies sollte sich gut zwanzig Jahre später jedoch schlagartig wieder ändern: zunächst im Jahr 2020 mit der Pandemie, die dem internationalen Leben und Arbeiten Grenzen setzte und alte Nationalismen wiederaufblühen ließ, und sodann 2022 mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Die Leitidee der Völkerverständigung ist heute wieder aktuell. Dabei ist der deutsch-französische Motor wichtiger denn je, gerade wenn es um die Zusammenarbeit in strategischen Fragen der Ausrichtung der EU und deren Handeln, etwa in einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, geht. Das Recht spielt hier eine zentrale Rolle als Instrument der Friedenssicherung.

Die in § 2 Abs. 3 der Satzung statuierten Aktivitäten der DFJ sollen namentlich dazu beitragen, das deutsche und das französische Recht als wichtige Pfeiler der Entwicklung der EU kennenzulernen, zu pflegen und Impulse für die jeweilige Weiterentwicklung zu setzen. Dies geschieht durch regelmäßige Tagungen, die großzügige Förderung von grenzüberschreitenden Praktika und rechtsvergleichenden Publikationen und nicht zuletzt durch Veranstaltungen zum Networking.

Doch Basis aller noch so hehren Leitideen sind die Menschen, die sie gemeinsam leben: und damit Sie und wir alle, die Mitglieder und Freund*innen der DFJ. Lassen Sie uns die DFJ also zusammen auch in den kommenden Jahren weiter so erfolgreich voranbringen!

In diesem Sinne: *Ad multos annos*, DFJ!

Mitgliederstimmen zum 70-jährigen Jubiläum der DFJ

Nora Heibrok , LL.M.

Mein Weg mit der DFJ startete vor inzwischen zwölf Jahren, mit dem 32. Vorseminar 2011 in Hamburg. Ich war gerade frisch eingeschrieben für Jura in Mainz, kannte niemanden und hatte, bedingt durch meinen Schulaustausch nach Frankreich, auch eine gewisse französische „Vorprägung“. Der Aushang in der Uni (ja, früher waren das noch echte Blätter an einem schwarzen Brett!) hatte ich nur im Vorbeilaufen gesehen, es hat mich sofort interessiert. Klar, auch das „mit dem Französischen“, aber zunächst interessierte mich das schon damals überdurchschnittlich spannende Programm der DFJ. Wann hat man schonmal die Gelegenheit bei einem Verhandlungstermin am Internationalen Seegerichtshof zuzuhören? Zudem gab es hochspannende Vorträge von namhaften Professoren und Professorinnen und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die mir schon direkt zu Beginn meines Studiums einen reichhaltigen Input gaben. Jeden Abend bin ich todmüde, aber glücklich ins Bett gefallen. Die Art und Weise, die Herzlichkeit, mit der ich aufgenommen wurde (allen voran durch Dr. Jekewitz, seine Frau und Herrn Herrmann), das sehr häufige Staunen („Ach, das kann man auch mit einem Jurastudium machen?!“) und auch das Kennenlernen von anderen Studierenden aus Frankreich und Deutschland hat von Anfang an so viel Spaß gemacht, dass ich nach meiner Rückkehr schnell den Mitgliedsantrag ausgefüllt habe.

Es folgten die Jahrestreffen, die allesamt großartig gelungen waren. Ganz besonders ist mir noch die Veranstaltung in Marseille 2017 in Erinnerung geblieben. Nicht nur der Tagungsraum des *Fort Saint Nicolas* mit einem fantastischen Blick auf das Mittelmeer, sondern auch die spannenden und teilweise recht emotionalen Vorträge (und

das bei einem juristischen Vortrag!) zum hochaktuellen Thema „Asylrecht, Flüchtlinge, Migration“ in Anbetracht der sogenannten „Flüchtlingswelle“ 2015/2016 oder der Besuch bei Airbus waren die absoluten Highlights dieses Seminars.

Durch die DFJ wurde ich noch enger in das Deutsch-Französische Netzwerk der Universität Mainz und Dijon aufgenommen. Ich habe von der DFJ für meinen integrierten Studiengang finanzielle Förderung in Form von Stipendien erhalten. Ein Stipendium erhielt ich für mein Praktikum in Lyon, bei unserem Mitglied Christoph M. Radtke. Meine Bewerbung begann mit den Worten „Als Mitglied der DFJ…“. Auch das zweite Praktikum in Paris wurde über die DFJ gefördert und ich durfte in Paris bei Dr. Florian Endrös lernen. Auch hier begann das Vorstellungsgespräch mit den Worten: „Wir kennen uns über die DFJ.“ Ohne diese finanziellen Unterstützungen wäre mein Studien-Austauschjahr in Dijon und auch die (verpflichtenden) Praktika in Frankreich nicht in dieser Form möglich gewesen. Dafür bin ich unheimlich dankbar.

Der Kreis „schloss sich dann wieder“, als ich mich 2019 während meines Referendariats beim „Frankreich-Programm zur Ausbildung deutscher Rechtsreferendarinnen und Rechtreferendare des Landes Nordrhein-Westfalens“ (trotz Ausbildung im Bundesland Rheinland-Pfalz) beworben hatte. Das Bewerbungsverfahren verlief recht anonym. Ich wusste weder, wer die anderen Teilnehmenden waren, noch wie viele Personen überhaupt dabei sein sollten. Ich war ein bisschen aufgeregt, als ich in Paris ankam. Beim Treffen im Restaurant kam dann das Gefühl auf „Nachhause zu kommen“ – ich kannte durch die DFJ ca. die Hälfte der Teilnehmenden bereits, andere hatte ich durch die Spargelessen schonmal aus der Ferne gesehen.

Diese Situation beschreibt für mich am besten, was die DFJ ausmacht. Es ist für mich ein Türöffner gewesen, in eine Deutsch-Französische Gemeinschaft, in den Austausch der Kulturen und in einigen Fällen hat sie mir auch Freundschaften beschert, die ich nicht missen möchte. Gerade für diese Freunde sind die Jahrestagungen praktisch „Pflicht“, denn im Alltagschaos verliert man sich so schnell aus den Augen. Die Jahrestreffen fühlen sich inzwischen wie „Klassentreffen“ an.

In all den Jahren hat die DFJ mich bei meinem Weg durch das Jurastudium begleitet, hat mich gefördert, mich menschlich und fachlich weiterzuentwickeln und mir die Möglichkeit gegeben, mich mit Ideen und Vorschlägen einzubringen.

Auf die nächsten 70 Jahre Deutsch-Französische Freundschaft – *Vive l’amitié franco-allemande*!

Nora Heibrok, LL.M. ist Rechtsanwältin und Syndikusrechtsanwältin bei der CONDOR Flugdienst GmbH, Neu-Isenburg.

Dr. Myriam Alimi

C'est à la fin du siècle dernier, lors du séminaire qu'elle organisait en septembre 1999 à Ludwigsburg, là où le Général de Gaulle, le 9 septembre 1962, dans la cour du château, s'était adressé à la jeunesse allemande[1], que j'ai noué ma relation avec la *Deutsch-Französische Juristenvereinigung*.

J'avais alors 23 ans.

J'étais doctorante en droit public à l'Université de Tübingen et terminais un DESS d'études germaniques à l'Université de Strasbourg dans le cadre duquel j'effectuais un stage à l'Institut Franco-allemand de Ludwigsburg.

C'est-là qu'au travers d'une annonce j'ai appris l'existence de cette association qui allait jouer un rôle majeur dans ma vie professionnelle.

Car c'est ce premier séminaire qui m'a fait découvrir le droit international privé de la famille qui est aujourd'hui l'une des matières dominantes de mon Cabinet.

La matière m'y avait été présentée par des personnes passionnées qu'elles soient juges, Avocats, juristes ou encore étudiantes. Les débats étaient animés et riches de comparaison avec les deux systèmes judiciaires.

Je mesurai au travers de ces échanges tout le travail que l'Europe devait encore à accomplir pour créer un droit européen de la famille.

Ma décision d'embrasser la profession d'Avocat a sans doute été déterminée par les discussions que je devais avoir au cours de ce premier séminaire et de ceux auxquels je devais assister par la suite.

En l'an 2000 lors du séminaire de Trêves, je rencontrai celle qui n'était pas encore Avocate mais qui devait par la suite être l'une de mes amies et correspondante les plus fidèles au Barreau de Francfort.

2002 ! Cette année-là, le séminaire annuel de l'association à Frauenchiemsee me faisait rencontrer celle qui allait devenir l'une de mes meilleurs amies et ma correspondante attitrée à Munich.

1 https://www.charles-de-gaulle.org/lhomme/dossiers-thematiques/de-gaulle-et-lallemagne/discours-devant-la-jeunesse-allemande-ludwigsburg-9-septembre-1962/

C’est en 2003, après que l’association a tenu son séminaire à Berlin, que je décidais de m’inscrire à l’école de formation des Avocats d’Aix-en-Provence, convaincue par la passion des Confrères membres de la DFJ. La Robe me permettrait de vivre au jour le jour l’aventure du droit international privé et du droit franco-allemand en particulier au sein d’un droit de l’Union en plein essor.

La DFJ devait en 2004 décider du lieu de mon exercice professionnel. Elle tenait son séminaire entre Strasbourg et Kehl qui venaient d’être reliées par la passerelle des deux rives.

De culture française mais, amoureuse de l’Allemagne au point d’en acquérir la nationalité et d’y vivre depuis 2010, Strasbourg devait être le siège de mon Cabinet français et Kehl celui de ma structure allemande.

C’est toujours grâce à la DFJ que je suis devenue la collaboratrice d’un Confrère spécialisé dans les dossiers binationaux.

Vous aurez compris au travers de cette rapide chronologie que l’association qui fête cette année ses 70 ans a été pour moi décisive.

Il importe que ceux qui ont un peu d’expérience et de savoir les transmettent aux plus jeunes. C’est la raison pour laquelle en 2019 j’ai franchi un pas et animé un atelier à l’attention des jeunes juristes dont le thème portait sur les différences entre la France et l’Allemagne dans la phase précontentieuse d’un dossier.

C’est sans aucun doute grâce à la passion qui anime ses membres que l’association a survécu au Covid 19. Si les raisons sanitaires nous ont interdit de tenir nos séminaires comme par le passé, la DFJ a su maintenir le lien entre ses membres grâce aux visio-conférences intitulées « regards croisés ».

Ces dernières n’avaient bien entendu pas la même chaleur que les séminaires du passé. Mais ils étaient tout aussi riches d’enseignements et toujours animés par des membres qui jamais n’ont douté de leur rôle.

Ce sont les membres strasbourgeois de notre association qui ont eu l’honneur d’organiser le premier séminaire post Covid. Il devait, comme en 2004, se tenir à Strasbourg à la Maison des Avocats.

J’avais le plaisir d’animer aux côtés de Maître Éric Lelarge un atelier pour les jeunes juristes portant sur la procédure civile française.

Entre autres thèmes, nous devions leur présenter l’une des particularités de la procédure civile françaises : celle qui obligeait les parties, dont l’enjeu du litige était inférieur à 4.000 €, à saisir à peine d’irrecevabilité, un conciliateur de justice ou un médiateur, préalablement à la saisine du juge.

J'avais ouvertement critiqué cette disposition que le pouvoir réglementaire avait introduit dans le Code de procédure civile par son décret n° 2019-1333 du 11 décembre 2019 comme étant une mesure créatrice d'une entrave à l'accès au juge et la preuve que l'État français cherchait à se défaire de l'une de ses prérogatives régaliennes en confiant la justice à des personnes qui, pour l'avoir vécu au moins une fois, ne sont pas à la hauteur de la tâche qui leur est confiée.

Notre public était, sans le savoir, au cœur de l'actualité puisque selon un arrêt du 22 septembre 2022, le Conseil d'État devait annuler l'article 750-1 du Code de procédure civile (décision n° 436939, 437002 du 22 septembre 2022 du Conseil d'État statuant au contentieux).

Comme vous l'aurez compris, la DFJ a pour tradition d'aborder à l'attention de ses membres et de ses invités des thèmes d'actualités dans les domaines les plus variés du droit et toujours sous l'angle de la passerelle franco-allemande.

Comme l'a dit le Général de Gaulle dans son discours de 1962, l'avenir n'existe que par la jeunesse.

C'est pour cela que j'ouvre les portes de mon Cabinet aux étudiants qui suivent le cursus de droit franco-allemand.

Ils sont l'avenir de ma profession et les futurs membres de notre belle association.

Je les invite de tout cœur à nous rejoindre.

Dr. Myriam Alimi est Avocate au Barreau de Strasbourg, Rechtsanwältin (Freiburg) et Avocate Associée au cabinet ALIMI-RIVERA, Strasbourg, Kehl.

Clemens Steinbach, Mag. iur., LL.M. und Alexandre Ratiu, Mag. iur.

Während eines Praktikums in Dijon 2009 erhielten wir zufällig, kurzfristig und unbürokratisch Gelegenheit, in einige Programmpunkte der Jahrestagung der offenherzigen DFJ reinzuschnuppern. Zurück in Deutschland sollte es dann lobend auch so im Praktikumsbericht stehen und der Mitgliedsantrag war rasch unterschrieben. Nach 13 Jahren Mitgliedschaft als Studierende, Referendare und schließlich Berufsträger, möchten wir eine besondere Stärke der DFJ hervorheben: das hervorragende Angebot für die *jeunes juristes*, von dem

auch wir jahrelang stark profitierten. Durch die großzügig bemessenen Vergünstigungen müssen junge Mitglieder nicht lange überlegen, ob sie mitmachen. Neben einzigartigen Vernetzungsmöglichkeiten über Generationen und Landesgrenzen hinweg und querbeet durch alle juristischen Tätigkeitsfelder lockte stets ein wohlüberlegtes Rahmenprogramm an Orten wie Luxemburg, Marseille oder Erfurt. Daneben gibt es jedes Jahr die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen, alte Freunde wieder zu treffen und Mitglieder ungezwungen zu fragen: „Du sag mal, wie/was/wo...?“ Insbesondere für junge Mitglieder sind der „Erfahrungsspeicher“ von DFJ und AJFA von unschätzbarem Wert.

Clemens Steinbach, Mag. iur., LL.M.(Brügge), Maîtrise en Droit, ist Referent beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

Alexandre Ratiu, Mag. iur., Maîtrise en Droit, ist Rechtsanwalt und Syndikusrechtsanwalt, Leiter Recht - Business Unit Acrylic Products Röhm GmbH.

Sophie Jacobi, LL.M.

Je suis particulièrement touchée de pouvoir écrire ces quelques lignes.

La DFJ est une association que je connaissais déjà du temps où j’étais étudiante en droit du fait d’une autre histoire qui m’a fait rencontrer mon mari et venir en Allemagne. Comme tous ceux qui viennent régulièrement aux week-ends que l’association organise chaque année, j’aime découvrir des nouveaux domaines et participer aux échanges qui, pour moi, sont toujours très enrichissants. J’aime également me rappeler l’époque où j’intervenais dans la rubrique « Traductions Juridiques » des *Actualités* pour souligner la grande difficulté que nous avons pour communiquer et nous comprendre. À mon avis, il est très important de continuer à encourager l’apprentissage de nos langues respectives dans les écoles afin que notre amitié perdure. Continuons de nous retrouver dans la joie, le partage et l’entraide !

Sophie Jacobi, LL.M. (Berlin) est Avocate aux Barreaux de Paris et de Berlin, Avocate Associée au cabinet Jacobi Legal, Berlin et Traductrice-Interprète assermentée – Expert près les Tribunaux et Notaires de Berlin.

Victor le Pape, LL.M.

L'aventure DFJ commença pour moi à Hambourg ; ce fut Erfurt l'année suivante.

Cologne, Luxembourg, Marseille, Heidelberg, Dresde, Strasbourg suivirent et bientôt Toulouse, sans compter les Spargelessen…

Hambourg permit au futur étudiant munichois que j'étais de trouver un premier travail dans un excellent cabinet.

Erfurt fut l'occasion de nouer les premières amitiés parmi les jeunes juristes.

Cologne, celle de parler d'une matière très harmonisée : le droit de la propriété intellectuelle.

Luxembourg fut le point de départ de ma carrière comme juriste puis avocat au barreau de Luxembourg.

Marseille restera comme le souvenir d'une des plus belles rencontres de la DFJ, dans une ville qu'on voudrait ne jamais quitter.

Heidelberg, où j'eu la chance de présenter pour la première fois, devant les jeunes juristes un exposé sur les conventions fiscales concernant la double imposition.

Dresde pour présenter encore, cette fois à l'occasion du séminaire, la taxation des GAFA.

Strasbourg enfin, pour retrouver, avec un plaisir toujours renouvelé, nombre de ceux qui sont aujourd'hui des amis.

Toulouse, qui reste encore à écrire !

Ma première venue fut motivée par la curiosité de rencontrer des juristes pratiquant le Droit entre la France et l'Allemagne ; les rencontres suivantes firent des séminaires de l'association des jalons partie intégrant de mes années et continuent de façonner ma carrière d'avocat.

Victor Le Pape, LL.M. (Eur.) est Avocat au Barreau de Luxembourg, spécialisé en fonds d'investissement alternatifs au cabinet Elvinger Hoss Prussen, Luxembourg.

Swenja Heise

70 Jahre DFJ – was für eine lange Zeit! Verglichen damit erscheint meine Mitgliedschaft von rund sechseinhalb Jahren kurz. Im Jahr 2016, damals im zweiten Studiensemester, nahm ich an meinem ersten Vorseminar mit anschließender Tagung in Luxemburg teil. Von Beginn an fühlte ich mich willkommen und gut aufgehoben. Obwohl es für mich damals noch eine Herausforderung darstellte, den hochkarätigen Fachvorträgen zu folgen, konnte und kann ich meinen (juristischen) Horizont mit jeder Tagung erweitern. In Luxemburg, Marseille, Dresden, Straßburg und bei diversen Spargelessen habe ich neue Bekanntschaften geknüpft, die bis heute auch außerhalb der DFJ bestehen.

Besonders schätze ich den Austausch zwischen den Berufsgruppen, den Rechtsgebieten und den Generationen, der stets gefördert und begrüßt wird. In jedem Studienabschnitt erhielt ich so wertvollen Input: Wo kann ich ein Praktikum absolvieren und wie spreche ich dazu erfahrene Jurist*innen an? Was ist bei einer rechtsvergleichenden Promotion zu beachten? Danke, DFJ, für die bisherigen und zukünftigen Erfahrungen und Austausche!

Swenja Heise ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Praxiswissen

Das Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 2. Juli 2019

von Sebastian Glas, München, und Dr. Konstanze Brieskorn, Paris/Berlin

Am 29. August 2022 ratifizierten die EU und die Ukraine das von der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht ausgearbeitete Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssa-

chen vom 2. Juli 2019 (HAVÜ). Da dieses nunmehr zwei Mitgliedstaaten hat, kann es nach Art. 28 Abs. 1 HAVÜ am 1. September 2023 in Kraft treten. Nach dem Haager Übereinkommen über die Wahl des Gerichtsstands aus dem Jahr 2005 befasst sich dieses Übereinkommen mit der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile, wobei der Anwendungsbereich auf Zivil- und Handelssachen beschränkt ist, unter Ausschluss bestimmter Rechtsgebiete wie des Personenstandsrechts und weiter Teile des Familienrechts (Art. 1, 2 HAVÜ).

Das HAVÜ, das auf internationaler Ebene einen langen Vorlauf hatte (I.), hat das Potential, die Anerkennung von Entscheidungen aus dem EU-Ausland zu vereinfachen (II.).

I. (K)Ein Novum im internationalen Privatrecht

Die Grundidee des HAVÜ, die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile zu erleichtern, hat die Haager Konferenz für Internationales Privatrecht fast ein halbes Jahrhundert lang beschäftigt (A.). Die Europäische Union hat in diesem Prozess mit dem Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (EuGVÜ) und den Brüssel I und Ia-Verordnungen sowie, gemeinsam mit der Schweiz, mit den Luganer Übereinkommen sowie schließlich mit der Ratifizierung des HAVÜ eine Vorreiterrolle eingenommen (B.).

A. Eine lange Vorgeschichte

Die Hoffnungen, die in diesen neuen Anlauf eines internationalen Abkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile gesetzt werden, sind natürlich groß. Der in der Präambel formulierte Wunsch ist, „durch gerichtliche Zusammenarbeit einen wirksamen Zugang zur Justiz für alle Menschen zu fördern sowie einen regelbasierten multilateralen Handels- und Investitionsverkehr ebenso wie die Mobilität zu erleichtern“.

Dieser Enthusiasmus sprang nicht sofort auf die Staaten über. Das Übereinkommen wurde bislang von Costa Rica, Israel, der Russischen Föderation, der Ukraine, den Vereinigten Staaten von Amerika und von Uruguay gezeichnet. Es dauerte sodann noch bis zum 29. August 2022, bis die EU und die Ukraine das Übereinkommen zeitgleich ratifizierten, womit es letztlich in Kraft treten kann. Mit der Ratifizierung durch die EU entfaltet das Übereinkommen jedoch auch Wirkung gegenüber den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (mit Ausnahme Dänemarks[2]), da die EU nach Art. 3 Abs. 2 des Vertrags

2 Protokoll Nr. 22 über die Position Dänemarks; https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13494-2021-INIT/de/pdf, S. 6.

über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) die ausschließliche Zuständigkeit für den Abschluss internationaler Übereinkünfte hat, soweit der Abschluss einer solchen Übereinkunft gemeinsame Regeln beeinträchtigen oder deren Tragweite verändern könnte. Das HAVÜ berührt insbesondere die Brüssel Ia-Verordnung, die unter anderem auch die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen zwischen EU-Mitgliedstaaten regelt.

B. Die Notwendigkeit der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen

Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen richtet sich grundsätzlich nach dem jeweiligen nationalen Prozessrecht des Staates, in dem eine ausländische Entscheidung anerkannt und vollstreckt werden soll, soweit nicht ein internationales Abkommen oder höherrangiges EU-Recht wie die Brüssel Ia-Verordnung vorrangig zur Anwendung kommen.

Das nationale Recht steht ausländischen Entscheidungen grundsätzlich zurückhaltend gegenüber (1.), weshalb das HAVÜ die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen dort, wo es bislang keine überstaatliche Regelung gibt, verbessern könnte (2.).

1. Die Ausgangslage im deutschen und französischen Prozessrecht

Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile richten sich in Deutschland nach §§ 328, 722 ff. ZPO. Nach deutschem Zivilprozessrecht wird jede ausländische Entscheidung anerkannt, soweit nicht Versagungsgründe entgegenstehen (§ 328 ZPO); für die Vollstreckbarkeit ist jedoch ein gesondertes deutsches Vollstreckungsurteil erforderlich (§ 722 ZPO), das dann als Vollstreckungstitel dient. Dieses Vollstreckungsurteil setzt voraus, dass die ausländische Entscheidung rechtskräftig ist und die Anerkennung nicht ausgeschlossen ist (§ 723 Abs. 2 ZPO). Außerdem muss die Entscheidung hinreichend bestimmt, im Ursprungsland vollstreckbar sein und es dürfen keine materiell-rechtlichen Einwendungen gegen den Anspruch bestehen, die erst nach dem Ursprungsverfahren entstanden sind.

Im französischen Recht ist die Anerkennung und Vollstreckbarkeit einer ausländischen Entscheidung nach der Rechtsprechung der *Cour de Cassation* (Cass. civ. 1ère, 7. Januar 1964, *Munzer*; Cass. civ. 1ère, 20. Februar 2007, Nr. 05-14.082, *Cornelissen*) im Wesentlichen an drei Voraussetzungen geknüpft: Das ausländische Gericht muss international zuständig gewesen sein, die Entscheidung darf weder gegen den materiellen noch gegen den prozessualen *ordre public international* verstoßen und schließlich darf keine Gesetzesumgehung vorliegen. Die

Vollstreckbarkeit setzt, wie im deutschen Recht, eine gerichtliche Prüfung dieser Voraussetzungen voraus (*exequatur*), ohne dass das Gericht die ausländische Entscheidung abändern darf (Cass. civ., 19. April 1819, *Parker*).

Die Brüssel Ia-Verordnung (innerhalb der EU mit Ausnahme Dänemarks) erleichtert die Anerkennung und Vollstreckung in den EU-Mitgliedstaaten. Die Anerkennung von Entscheidungen aus anderen EU-Staaten erfolgt grundsätzlich *ipso iure* (Art. 36 Abs. 1). Ebenso bedarf eine in einem Mitgliedstaat ergangene Entscheidung keiner Vollstreckbarerklärung, um in einem anderen Mitgliedstaat vollstreckbar zu sein (Art. 39).

Nach dem Lugano-Übereinkommen von 2007 (EU, Schweiz, Norwegen und Island) erfolgt die Anerkennung von Entscheidungen zwischen den Vertragsstaaten grundsätzlich *ipso iure* (Art. 33 Abs. 1 LugÜ), die Vollstreckung setzt jedoch ein Vollstreckbarerklärungsverfahren voraus (Art. 38 Abs. 1 LugÜ).

Traditionell ist zwischen Entscheidungen aus EU-Staaten (Brüssel Ia-Verordnung), aus den Staaten der Europäischen Freihandelszone außer Liechtenstein (Lugano-Übereinkommen) und aus sonstigen Drittstaaten (nationale Regelungen) zu unterscheiden.

Wie aber wird sich das HAVÜ hier einfügen?

2. Das Potential des Übereinkommens im Verhältnis zu Drittstaaten

Mit seinem Inkrafttreten wird das HAVÜ unmittelbar anwendbares Recht der Europäischen Union (vgl. dazu § 1 Abs. 2 S. 1, Abs. 1 Nr. 2 lit. c AVAG).

Aus deutscher und französischer Perspektive tritt damit eine vierte Kategorie zu den oben genannten Staaten hinzu: EU-Staaten (Anwendung der Brüssel Ia-Verordnung), Staaten der Europäischen Freihandelszone (Anwendung des Lugano-Übereinkommens), Vertragsstaaten des HAVÜ und Drittstaaten (Anwendung nationaler Regelungen).

Um die Vorteile des Übereinkommens beurteilen zu können (b), ist es notwendig, zunächst das rechtliche Regime des Übereinkommens zu skizzieren (a).

a) Das Rechtssystem des HAVÜ

Wie das Lugano-Übereinkommen von 2007 setzt auch das HAVÜ ein Vollstreckbarerklärungsverfahren voraus.

Art. 4 HAVÜ verpflichtet die Vertragsstaaten, ausländische Entscheidungen anzuerkennen und zu vollstrecken, soweit das Übereinkommen dies vorsieht. Hierfür müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein:

Die Anerkennung ist an die Wirksamkeit im Ursprungsstaat, die Vollstreckung an die Vollstreckbarkeit im Ursprungsstaat geknüpft (Art. 4 Abs. 3 HAVÜ). Kann die Entscheidung im Ursprungsstaat noch angefochten werden, so kann die Anerkennung und Vollstreckung aufgeschoben oder versagt werden (Art. 4 Abs. 4 HAVÜ).

Die Entscheidung muss anerkennungs- und vollstreckungsfähig sein, was sich nach Art. 5 HAVÜ bestimmt. Andererseits kann die Anerkennung und Vollstreckung nach Art. 7 HAVÜ auch versagt werden, z.B. wegen Verstoßes gegen den *ordre public*, wegen arglistiger Täuschung oder wegen fehlerhafter Zustellung verfahrensrelevanter Schriftstücke an den Beklagten.

Bestimmte Schriftstücke sind vorzulegen, insbesondere eine vollständige und beglaubigte Abschrift der Entscheidung (Art. 12 HAVÜ).

Das Gericht des ersuchten Staates darf die Entscheidung nicht in der Sache selbst nachprüfen (Art. 4 Abs. 2 S. 1 HAVÜ) und muss „zügig“ handeln (Art. 13 Abs. 1 S. 2 HAVÜ). Ferner darf es die Anerkennung oder Vollstreckung nicht deshalb versagen, weil sie in einem anderen Staat geltend zu machen wäre (*forum non conveniens*, Art. 13 Abs. 2 HAVÜ).

b) Die Vorteile des HAVÜ

Das Übereinkommen ist einheitlich auszulegen (Art. 20 HAVÜ). In dieser Einheitlichkeit liegt auch ein wesentlicher Vorteil des HAVÜ. Ein Gläubiger, der sich auf ein Urteil aus einem Vertragsstaat berufen will, muss nicht mehr die prozessualen Besonderheiten des jeweiligen Staates berücksichtigen, sondern kann sich auf den Inhalt des Übereinkommens verlassen, dessen englische und französische Fassung die Grundlage bilden und damit auch international verständlich sind.

Zu beachten ist allerdings, dass die Vertragsstaaten Erklärungen abgeben können, die vom Übereinkommen (erheblich) abweichen können. So kann ein Staat das Übereinkommen für ein bestimmtes Rechtsgebiet nicht gelten lassen (Art. 18 HAVÜ) oder sich auf seine Staatenimmunität berufen (Art. 19 HAVÜ).

Für Deutschland und Frankreich kann das HAVÜ sehr vorteilhaft sein. Es garantiert die Anerkennung und Vollstreckung deutscher und französischer Entscheidungen in Vertragsstaaten des Übereinkommens sowie von Entscheidungen aus diesen Vertragsstaaten in Deutschland und Frankreich – ein Grundsatz, der bereits im deutschen und französischen Zivilprozessrecht verankert ist.

II. Eine Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Entscheidungen

Das HAVÜ kann eine echte Chance für die Konvergenz im internationalen Wirtschaftsrecht darstellen (A.), wobei die niedrigen Beitrittsvoraussetzungen nicht als Risiko anzusehen sind (B.).

A. Eine Chance zur Annäherung im internationalen Wirtschaftsrecht

Das HAVÜ hat das Potential, die Handelsbeziehungen mit wichtigen Handelspartnern zu stärken, die trotz ihrer Bedeutung und gemeinsamer Werte mit der EU im Hinblick auf die Anerkennung und Vollstreckung ihrer Entscheidungen als Drittstaaten angesehen werden. Dies gilt insbesondere für die USA (1.), aber auch für das Vereinigte Königreich als ehemaliges EU-Mitglied (2.).

1. Die Vereinigten Staaten

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben das HAVÜ am 2. März 2022 unterzeichnet, die Ratifizierung steht noch aus.[3]

In den USA ist die Anerkennung ausländischer Entscheidungen Sache der Bundesstaaten. Im Wesentlichen lassen sich drei Kategorien unterscheiden:[4]

- Von 50 Bundesstaaten haben 29 den *Uniform Foreign-Country Money Judgments Recognition Act* in der Fassung von 2005 übernommen.
- In 11 Bundesstaaten gilt noch der *Uniform Foreign-Country Money Judgments Recognition Act* in seiner Fassung von 1962.
- In den übrigen zehn Staaten gilt nach wie vor das Kriterium der *Comity of nations*. In der Entscheidung *Hilton v. Guyot* (1895) des *United States Supreme Court* wurde diese *Comity* unter dem Aspekt der gegenseitigen Anerkennung zwischen zwei Staaten definiert.[5] Nach der *Comity of nations*-Doktrin wird das ausländische Rechtssystem auf den Prüfstand gestellt und insbesondere untersucht, ob die Verfahren ordnungsgemäß und fair sind und nicht die Interessen eines anderen Staates verletzen.[6]

Die Tatsache, dass es in den 50 Bundesstaaten drei verschiedene Systeme der Anerkennung ausländischer Entscheidun-

3 https://www.hcch.net/de/instruments/conventions/status-table/?cid=137.
4 https://www.uniformlaws.org/committees/community-home?communitykey=ae280c30-094a-4d8f-b722-8dcd614a8f3e (Englisch).
5 Hilton v. Guyot, 159 U.S. 113 (1895), https://tile.loc.gov/storage-services/service/ll/usrep/usrep159/usrep159113/usrep159113.pdf (Englisch).
6 https://www.law.cornell.edu/wex/comity_of_nations (Englisch).

gen gibt, erleichtert den Zugang zum Recht keineswegs. Jedoch ist anzumerken, dass ein von einem US-Gericht nach den Regeln des jeweiligen Bundesstaates anerkanntes ausländisches Urteil aufgrund der *Full Faith and Credit Clause* aus Art. 5 Abs. 1 der US-Verfassung grundsätzlich in allen Bundesstaaten volle Wirkung entfaltet. Die Ratifikation des HAVÜ könnte daher ein unnötig kompliziertes System vereinheitlichen und damit den Zugang für ausländische Gläubiger*innen erleichtern, zumal das Übereinkommen weitgehend mit den *Uniform Acts* übereinstimmt.[7]

2. Die (Wieder-) Annäherung des Vereinigten Königreichs

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union konnten britische Entscheidungen nicht mehr von der Brüssel Ia-Verordnung und dem Lugano-Übereinkommen profitieren. Das Vereinigte Königreich wurde zu einem Drittstaat.

Nach dem Brexit wollte das Vereinigte Königreich schließlich dem Lugano-Übereinkommen beitreten und damit den gleichen Status wie die Länder der Europäischen Freihandelszone (Schweiz, Norwegen, Island) erhalten.

Die Kommission lehnte den Beitritt mit der Begründung ab, das Lugano-Übereinkommen fördere die Beziehungen der EU zu Drittstaaten, die eine besonders enge regulatorische Integration mit der EU aufweisen.[8] Da dies im Falle des Vereinigten Königreichs nicht mehr der Fall ist, verweist die Europäische Kommission auf die Haager Konferenz für Internationales Privatrecht, insbesondere auf das Haager Gerichtsstandsübereinkommen von 2005 und das HAVÜ, die den Rahmen für die künftige Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen bilden sollen.[9]

Das Vereinigte Königreich ist Vertragspartei des Haager Gerichtsstandsübereinkommens von 2005, ein Beitritt zum HAVÜ steht derzeit noch aus.[10] Die britische Regierung beabsichtigt, dieses zweite Übereinkommen zu ratifizieren und umzusetzen.[11]

---

7 https://www.dajv.de/us-law/usa-treten-haager-uebereinkommen-ueber-die-vollstreckung-und-anerkennung-auslaendischer-urteile-bei-breaking-news/.

8 https://commission.europa.eu/system/files/2021-05/1_en_act_en.pdf (Englisch), S. 2.

9 https://commission.europa.eu/system/files/2021-05/1_en_act_en.pdf (Englisch), S. 4 f.

10 https://www.hcch.net/de/states/hcch-members/details1/?sid=75.

11 https://www.gov.uk/government/consultations/hague-convention-of-2-july-2019-on-the-recognition-and-enforcement-of-foreign-judgments-in-civil-or-commercial-matters-hague-2019/consultation-on-the-hague-convention-of-2-july-2019-on-the-recognition-and-enforcement-of-foreign-judgments-in-civil-or-commercial-matters-hague-201#the-consultation-1.

B. Niedrige Beitrittsvoraussetzungen als Risiko für die Annäherung

Das HAVÜ steht allen Staaten zum Beitritt offen (Art. 24 Abs. 3 HAVÜ). Ein Jahr nach der Ratifikation tritt dann das Übereinkommen auch für diesen Staat in Kraft (Art. 28 Abs. 2 lit. a, 29 Abs. 2 HAVÜ). Damit ist die einzige Voraussetzung neben der Qualität als Staat eine technische, nämlich die Ratifikation. Die Anforderungen an den Beitritt sind niedrig.

Die Rechtsstaatlichkeit ist keine Beitrittsvoraussetzung. So hat etwa die Russische Föderation das HAVÜ am 17. November 2021 unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert.[12] Der russischen Justiz wurde wiederholt mangelnde Unabhängigkeit vorgeworfen.[13] Im Zuge des Krieges Russlands gegen die Ukraine verlor Russland am 16. September 2022 den Status als Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)[14], die nun nicht mehr als kompensatorisches Element die Defizite der russischen Justiz ausgleichen kann.

Neben Russland gibt es eine Vielzahl von Staaten, die keine Rechtsstaaten sind, in denen Korruption herrscht oder grundlegende Verfahrensregeln nicht eingehalten werden. Dennoch könnten diese Staaten dem HAVÜ beitreten. Fraglich ist, ob dies ein Risiko für die Integrität des Übereinkommens und der Vertragsparteien darstellt.

Die Position der Europäischen Union, zumindest wenn es nach dem Europäischen Rat geht, ist klar: Das Übereinkommen erlaubt die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen aus Drittstaaten in der Union nur dann, wenn die Grundprinzipien des Unionsrechts eingehalten werden.[15]

Darüber hinaus besteht eine *Opt-out*-Möglichkeit nach Art. 29 Abs. 2 HAVÜ: Macht ein Mitgliedstaat von diesem Recht Gebrauch, so entstehen zwischen ihm und dem beitretenden Mitgliedstaat keine Beziehungen nach diesem Übereinkommen.

Nicht der Beitritt eines Staates zum Übereinkommen ist das Hindernis, sondern die tatsächliche Anerkennung und Vollstreckung seiner Entscheidungen. Gerade diese sollte aber durch das Haager Übereinkommen erleichtert werden.

Wird also der Sinn und Zweck des Übereinkommens durch diese Schutzmechanismen unterlaufen? Dies ist eine Frage der Abwägung zwischen der Integrität des HAVÜ und der Integrität

12 https://www.hcch.net/de/instruments/conventions/status-table/?cid=137.

13 https://www.bpb.de/themen/europa/russland/47954/das-justizsystem-russlands/.

14 https://www.coe.int/de/web/portal/-/russia-ceases-to-be-a-party-to-the-european-convention-of-human-rights-on-16-september-2022.

15 https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13494-2021-INIT/de/pdf, S. 3.

der nationalen Rechtsordnungen, wobei Frankreich und Deutschland ausländische Entscheidungen nicht pauschal nach dem Kriterium des Herkunftslandes akzeptieren oder ablehnen. Insofern ist das Verfahren nach dem nationalen Recht (s. o.) wohl das Äußerste, was im Kontakt mit Drittstaaten möglich ist. Entsprechend leicht fiel es der Europäischen Union, das Übereinkommen zu ratifizieren.

III. Fazit

Das HAVÜ kommt zu einer Zeit, die nicht unbedingt von Offenheit geprägt ist. Man denke nur an die Corona-Pandemie oder den Krieg in der Ukraine. Solche Krisen neigen dazu, vermeintlich Nebensächliches aufzuschieben oder in Vergessenheit geraten zu lassen. Es bleibt zu hoffen, dass sich das Schicksal des gescheiterten Vorgängerübereinkommens nicht wiederholt.

Am 1. September 2023 wird jedenfalls das Haager Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen (HAVÜ) in Kraft treten, wenn auch nur zwischen der EU und der Ukraine.

Sebastian Glas studiert Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Im Rahmen des Bermupa-Programms verbrachte er drei Semester an der Université Paris-Panthéon-Assas (Paris II), wo er erfolgreich die Licence en droit erwarb. Im Anschluss daran absolvierte er das erste Semester des Masterstudiengangs Droit des affaires.

Dr. Konstanze Brieskorn ist Rechtsanwältin in Berlin, Kanzlei hw&h Hertslet Wolfer & Heintz Avocats & Rechtsanwälte, Paris. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind Arbeits- und Wirtschaftsrecht im deutsch-französischen Rechtsverkehr.

Sie ist Mitglied der Schriftleitung der Actualités.

Aus den Hochschulen

Die Exzellenzpreise 2023

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M., Düsseldorf

Im Januar 2023 wurden die Exzellenzpreise der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) in der Französischen Botschaft in Berlin bei Anwesenheit des französischen Botschafters, Herrn François Delattre,

und des Präsidenten der DFH, Herrn Prof. Dr. Philippe Gréciano, verliehen. Unser Vizepräsident, Herr Dr. Heiner Baab, vertrat die DFJ, die auch dieses Jahr zwei Preise für junge Jurist*innen gestiftet hat. Die Förderung von jungen Jurist*innen mit deutsch-französischem Hintergrund ist eines der wichtigsten Anliegen der Vereinigung, das auch durch die Gewährung von Praktikumsstipendien, von Druckkostenzuschüssen für wissenschaftliche Arbeiten und nicht zuletzt durch die vergünstigte Teilnahme an unseren Tagungen umgesetzt wird.

Die Exzellenzpreise 2023 sind insofern beachtlich, als zwei Jurist*innen ausgezeichnet wurden, die in Deutschland aufgewachsen und weder familiäre Verbindungen noch während der Schulzeit längere Aufenthalte in Frankreich oder in einem anderen frankophonen Land verbracht haben. Dass beide hervorragende Examina sowohl an deutschen als auch an französischen Jurafakultäten abgelegt haben, ist Beweis, dass durch Motivation und Fleiß hochwertige akademische Abschlüsse auch im anderen Land erreicht werden können. Zugleich ist dies Aufmunterung für alle, bei denen das Erlernen der Fremdsprache relativ spät im Curriculum stattgefunden hat, und fürchten könnten, dass sie sich die für die Beherrschung einer anderen Rechtsordnung erforderlichen sprachlichen Fertigkeiten nicht im Rahmen des Studiums aneignen können.

Herr Vincent Voerster, dessen hervorragende Leistungen im Studium durch den von der DFJ gestifteten Exzellenzpreis 2023 anerkannt wurden, ist dafür ein perfektes Beispiel. Er besuchte in Stuttgart ein humanistisches Gymnasium mit musikalischem Schwerpunkt und den Fremdsprachen Englisch und Latein. Französisch gehörte nicht zu seinem Fächerkanon, wurde jedoch durch den freiwilligen Besuch einer Französisch-AG entdeckt. Als Herr Voerster sein Studium an der Ludwig-Maximilian-Universität aufnahm, wurde er auf das BerMüPa-Programm aufmerksam und entschied, seine damals noch aufbaufähigen Französisch-Kenntnisse durch den Besuch von Einführungsvorlesungen zum französischen Recht zu vertiefen. Nach erfolgreichem Bestehen der Einführungskurse bewarb er sich im 3. Semester für das BerMüPa-Programm und wurde aufgenommen. Es folgten drei Semester an der Universität *Paris-Panthéon-Assas* mit den Abschlüssen der *Licence en droit* und des *Master en droit européen*. Für Herrn Voerster war dieser Masterstudiengang die Gelegenheit, das Europarecht in einer Weise zu vertiefen, die so an deutschen Universitäten vor dem ersten Staatsexamen nicht möglich ist, kombiniert mit einer sehr attraktiven modernen Aufbereitung des Vorlesestoffs.

Herr Voerster, dessen Leistungen bei der Ersten Juristischen Staatsprüfung von dem Bayerischen Justizminister geehrt wurden, ist heute Rechtsreferendar bei dem Oberlandesgericht München. Derzeit absol-

viert er seine Wahlstation im Münchener Büro der internationalen Anwaltssozietät Hogan Lovells, speziell im Bereich *Arbitration*. Zuvor war er auch in diesem Bereich in der ebenfalls internationalen Kanzlei CMS Hasche Sigle im Büro München als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Die Schriftleitung der *Actualités* gratuliert ihm herzlich zum Exzellenzpreis und wünscht ihm weiterhin viel Erfolg für seinen weiteren Werdegang.

Unsere weitere Preisträgerin 2023, **Frau Nora Hertz,** hat gleichermaßen bewiesen, was Zielstrebigkeit und Engagement bewirken können. Frau Hertz wählte Französisch erst als dritte Fremdsprache, entschied sich aber in der gymnasialen Oberstufe in ihrer Heimatstadt Berlin Französisch als Leistungskurs zu wählen. Nach dem Abitur bewarb sie sich erfolgreich für ein *volontariat écologique franco-allemand* des Deutsch-Französischen Jugendwerks und absolvierte dieses in Marseille. Bereits durch dieses überdurchschnittliche Engagement als Abiturientin verdient Frau Hertz unseren Respekt. Zurück in Berlin nahm Frau Hertz ein Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin auf und – wen wundert es? – besuchte gleich im ersten Semester Kurse zum französischen Recht. Mit weiteren 14 Studierenden wurde sie in das Studienprogramm der Europäischen Juristen an der *European Law School* der Humboldt-Universität zu Berlin aufgenommen. Dieses Programm sieht vor, dass Studierende die Erste Juristische Staatsprüfung ablegen und anschließend jeweils ein Jahr an zwei Partneruniversitäten des *European Law School* Netzwerks absolvieren, im Fall von Frau Hertz an der Universität *Paris-Panthéon-Assas* und am *King's College London*. In Frankreich wählte Frau Hertz das *droit public général* und das *droit comparé*, eine mutige Entscheidung, die sich von den üblichen privat- bzw. internationalrechtlich orientierten Entscheidungen der internationalen Studierenden unterscheidet. Die ausländischen Abschlüsse von Frau Hertz sind somit ein *Master 1 droit public* und ein *Master of Laws* mit Schwerpunkt *transnational law*. Die englische Masterarbeit, wofür Frau Hertz speziell ausgezeichnet wurde, befasst sich mit der Rolle der *NGO* in der Durchsetzung des Umweltrechts in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, am Beispiel der EU-Luftreinhalterichtlinie.

Heute ist Frau Hertz wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Öffentliches Recht, Abteilung 2 (Völkerrecht, Rechtsvergleichung und Rechtsethik) der Universität Freiburg und promoviert bei Frau Prof. Dr. Silja Vöneky. Schwerpunkt ihrer Forschung sind rechtliche und rechtsethische Fragen der Neurotechnologie. Auch ihr gratulieren wir herzlich zum Exzellenzpreis und wünschen ihr viel Erfolg bei der Promotion.

L'OFAJ, un atout soixantenaire en pleine forme

von Gabrielle Le Porcher, Strasbourg

Le soixante-dixième anniversaire de la DFJ, en cette année 2023, est également une date importante pour l'Office Franco-Allemand pour la Jeunesse (OFAJ) qui fête ses soixante ans. Créé en juillet 1963 pour la mise en œuvre du Traité de l'Elysée liant la France et l'Allemagne, cette organisation binationale a pour mission d'encourager les relations entre les jeunes des deux pays, de renforcer leur compréhension et, par ce biais, de faire évoluer les représentations du pays voisin. L'OFAJ apporte son soutien à des échanges et des projets de jeunes de France et d'Allemagne sous diverses formes : échanges scolaires et universitaires, jumelages de villes et de régions, rencontres sportives et culturelles, stages et échanges professionnels, bourses de voyage, travaux de recherche, mais aussi aux rencontres annuelles de la DFJ.

L'engagement en faveur de la coopération franco-allemande de l'OFAJ a conduit en 2009 à la création du programme des jeunes ambassadeurs et ambassadrices. Le réseau, composé de 99 jeunes volontaires entre 18 et 30 ans, est représenté sur l'ensemble des territoires français et allemand et a pour vocation de permettre une rencontre directe avec les publics de l'Office franco-allemand pour la Jeunesse.

Les Jeunes Ambassadrices et Ambassadeurs OFAJ constituent en outre un groupe de réflexion et un réseau d'information ayant pour objectif de faciliter l'échange et le dialogue entre et avec les jeunes, les associations, les clubs de jeunes, les institutions, etc. Tissant des liens au niveau local et régional, ils sont à la fois actrices et acteurs de terrain et intermédiaires avec l'OFAJ. Leur rôle principal consiste à informer, représenter, conseiller et encourager des projets réalisés par les jeunes et pour les jeunes au service de la coopération franco-allemande.

Ainsi, l'OFAJ, en tant qu'acteur principal du monde franco-allemand et de la jeunesse, permettrait à de jeunes juristes de profiter d'opportunités telles que des possibilités d'échange hors du cadre universitaire, mais aussi de se former, d'élargir leur réseau ou encore d'élaborer des projets ayant trait à la coopération européenne. À titre d'exemple, un groupe de jeunes ambassadeurs représentera l'OFAJ à la Rencontre des Jeunes Européens (European Youth Event-EYE) organisée par le Parlement Européen, qui se déroulera à Strasbourg en juin prochain.

Gabrielle Le Porcher est Jeune Ambassadrice de l'OFAJ et étudiante en Master 1 en droit bancaire et financier, relations et affaires internationales à l'Université de Strasbourg et en Master of Laws en droit bancaire, des affaires, de la finance et des valeurs mobilières à la Albert-Ludwigs-Universität de Freibourg en Breisgau. Elle est titulaire d'une double licence en droit franco-allemand obtenue au Centre Juridique Franco-Allemand de l'Université de la Sarre et à l'Université Toulouse Capitole.

Im Gespräch

Franziska Läßle, Legal Counsel Deutschland, Österreich, Schweiz (DACH) bei dem weltweit tätigen amerikanischen Technologieunternehmen Insight

*Unternehmensjurist*innen sind oft weniger sichtbar und damit auch weniger präsent auf dem Tableau der juristischen Berufe. Dabei ist ihre Arbeit als erste juristische Anlaufstelle im Unternehmen und als Bindeglied zu externen Beratern so immens wichtig.*

Wir stellen daher mit Franziska Läßle eine junge Juristin vor, die sowohl die anwaltliche als auch die Tätigkeit als Referentin kennen gelernt und sich schließlich für die Tätigkeit im Unternehmen entschieden hat.

Nach dem Abitur studierte sie Rechtswissenschaften in Tübingen und in Aix-en-Provence. Nach dem Ersten Staatsexamen machte sie ein Praktikum beim Europäischen Verbraucherzentrum Deutschland in Kehl und ging dann für das Referendariat nach Ulm. Ihre Wahlstation absolvierte Franziska Läßle beim Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung OLAF und begann dann einen LL.M. im internationalen öffentlichen Recht an der Brussels School of International Studies der University of Kent. Daneben startete sie als Rechtsanwältin bei der Kanzlei Luther und wechselte anschließend als Referentin an den Standort der Bundesrechtsanwaltskammer in Brüssel.

Anschließend begann sie ihre Karriere als Unternehmensjuristin in Paris bei dem Automobilzulieferer Plastic Omnium als Legal Counsel Belgien, Deutschland, Polen und Slowakei und wechselte im Januar 2023 zu Insight.

Wie kamen Sie dazu, sich als Juristin mit dem Recht Frankreichs bzw. anderer französischsprachiger Länder zu befassen?

Meine erste Berührung mit dem französischen Recht hatte ich in Aix-en-Provence während meines Auslandsjahres. Meine Französischkenntnisse waren damals auf Schulniveau und es bot sich die Gelegenheit, an dem Auslandsprogramm der Uni teilzunehmen. Da ich hierfür allerdings scheinfrei sein musste, absolvierte ich im Schnelldurchlauf

erfolgreich alle Scheine während des Sommersemesters, um dann zum Wintersemester startklar zu sein. Die erste Zeit in Frankreich war aufgrund der Sprache und des neuen ungewohnten Studiensystems nicht leicht, doch da ich überwiegend meine Zeit mit Franzosen verbrachte, fand ich mich schnell in Sprache und Kultur ein, sodass ich gegen Ende meines Studienjahres sogar im Rahmen eines europäischen *Moot Courts* vor dem EuGH plädieren konnte.

Im Anschluss an mein Studium zog es mich, auch aus privaten Gründen, immer wieder in den französischsprachigen Raum, wo ich jetzt beruflich auch angekommen bin.

Welche Gründe haben Sie bewegt, als Juristin in ein Unternehmen zu gehen?

Als Unternehmensjuristin habe ich einen tollen Job, der so viel praxisnäher und vielseitiger ist als eine Tätigkeit in einer Anwaltskanzlei oder in der Politik. Meine Erfahrung der anwaltlichen Tätigkeit in einer Großkanzlei war, dass sich der Anwalt schnell auf ein Spezialgebiet konzentriert. Die Tätigkeit in Politik und Verwaltung war interessant, für mich aber langfristig zu theoretisch und zu wenig juristisch.

In meinem Job muss ich ständig zwischen den verschiedensten Rechtsgebieten hin- und herspringen, Anfragen unter Zeitdruck bearbeiten, manchmal nur mit Hilfe des Gesetzestextes, unter Nutzung meines Wissens, juristischen Denkens oder auch mit *Google*. Man kann sich natürlich die Frage stellen, ob das seriöses juristisches Arbeiten ist; im Unternehmen geht es aber letztlich oft nicht um die „richtige" oder „perfekte" juristische Lösung, sondern mehr um die Abschätzung von Risiken und die wirtschaftliche Bewertung eines Sachverhalts und seiner Folgen.

Meine Aufgaben bestehen darin, die erste interne Anlaufstelle für die Mitarbeiter*innen zu sein, diese im Bereich der gängigen Rechtsprobleme wie AGB, Verwendung von Vertragsmustern oder *force majeure* zu schulen, *Templates* zu erstellen, Gruppenverträge unter französischem und auch deutschem Recht zu verhandeln, außergerichtliche Streitigkeiten zu beenden oder eben auch die Schnittstelle zu externen Anwaltskanzleien zu sein.

Meinen jetzigen Job in einem amerikanischen Unternehmen habe ich bewusst gewählt, um die dortige Unternehmenskultur kennen zu lernen; auch wollte ich raus aus dem Bereich *Automotiv*, da ich mich weiterentwickeln will und die Zukunft aus meiner Sicht im IT-Bereich liegt. Durch den Einfluss des amerikanischen Rechts habe ich jetzt auch verstärkt mit amerikanischen Klauseln und den dahintersteckenden Haftungsproblemen zu tun.

Welcher Unterschied fällt Ihnen zwischen der deutschen und der französi-

Als Unternehmensjuristin, gerade in kleineren Unternehmen, die nicht viele juristische Mitarbeiter*innen beschäftigen, aber dennoch in mehreren Rechtsräumen tätig sind, ist man immer wieder mit anderen

schen Rechtspraxis besonders auf, der eventuell für Ihre eigene berufliche Tätigkeit von Bedeutung war beziehungsweise ist?

Rechtsordnungen konfrontiert. Dabei erscheinen mir deutsche Gesetze oftmals systematischer als französische, hier muss ich mir oftmals die entsprechende Systematik selbst erarbeiten. Als deutscher Jurist ist man aus meiner Sicht aber so gut ausgebildet und breit aufgestellt, dass man sich schnell auch in andere Rechtsgebiete und Rechtssysteme einarbeiten kann und die Denkweise, die man im deutschen Recht erlernt hat, zur Erschließung anderer Rechtsordnungen nutzen kann.

Eine große Rolle spielt meiner Erfahrung nach auch die Sprache: Deutsche Automobilhersteller wollen oft nur auf Deutsch verhandeln, spielen darauf, dass in Frankreich kein deutschsprachiger Verhandlungspartner zur Verfügung steht und daher die gestellten Verträge leichter angenommen werden.

Bei Plastik Omnium in Paris war ich im ersten halben Jahr allein in der Rechtsabteilung und die einzige Kollegin mit Kenntnissen im deutschen Recht. Dies war für meine deutschen Verhandlungspartner oft überraschend und führte zu besseren Verhandlungsergebnissen für meinen früheren Arbeitgeber. Es lohnt sich also für französische Unternehmen, die Geschäfte mit Deutschland machen, durchaus, in deutsche Rechtskompetenz *inhouse* zu investieren.

Die Unternehmenskultur unterscheidet sich zwischen Deutschland, Frankreich und den USA doch erheblich:

Während in Frankreich oft Probleme vertagt werden, viele andere Abteilungen eingebunden werden und manchmal vor Entscheidungen zurückgeschreckt und stattdessen Verantwortung abgegeben wird, ist in einem amerikanischen Unternehmen oft Schnelligkeit gefragt. Entscheidungen müssen oft innerhalb weniger Stunden getroffen werden, ohne dass andere Abteilungen eingebunden werden können oder sollen. Damit einher geht ein höherer Druck und eine höhere Verantwortung jedes Mitarbeiters sowie eine erhöhte Risikobereitschaft. In Deutschland hingegen habe ich das Gefühl, dass ein Problem immer erst bis ins Letzte verstanden werden will, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Viele deutsche Kolleg*innen, die ich im Rahmen von Verhandlungen kennenlerne, sind oft zu sehr „Anwalt“ und verkennen die „*business*“-Perspektive.

Was raten Sie jungen Jurist*innen, die noch in der Ausbildung und vor der Berufswahl stehen?

Ich habe erfahren, dass die deutsche Juristenausbildung zwar hart, aber unglaublich wertvoll ist und wir deutschen Jurist*innen begehrt und anerkannt sind.

Weiter ist es aus meiner Sicht immens wichtig, seinen Horizont zu erweitern, Sprachen zu lernen und während des Studiums oder in den ersten Berufsjahren für einige Zeit ins Ausland zu gehen. Menschen die international unterwegs sind, haben oft die Fähigkeit, sich gut zu vernetzen, und das ist später von großem Vorteil.

Und schließlich sollte jeder den Mut haben, die selbst gesteckten Ziele zu verfolgen, angebliche Standards zu hinterfragen und Dinge auszuprobieren, und auch nicht davor zurückschrecken, wenn er oder sie mal aus der Reihe tanzt.

Vielen Dank für das Gespräch!

Iurisprudentia

Le droit allemand de la vente soumis à la Cour d'appel de Versailles

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M., Düsseldorf

La nouvelle rubrique des Actualités consacrée à l'étude de la jurisprudence appliquant le droit du pays voisin nous amène à nous pencher sur le droit allemand de la vente désigné par des conditions générales d'affaires. Cette situation est très répandue dans les relations commerciales internationales, nombre d'opérations de vente internationale s'appuyant uniquement sur des documents de vente constitués de commandes, confirmations de commandes et conditions générales.

Particulièrement, les entreprises allemandes exportatrices veillent à stipuler l'application de leurs conditions générales, lesquelles excluent au demeurant, par une clause que l'on peut presque considérer comme de style, la Convention des Nations Unies sur les contrats de vente internationale de marchandises du 11 avril 1980 (CVIM).

Application de conditions générales d'affaires et désignation de la loi applicable

Dans un arrêt rendu le 1er décembre 2022[1], la Cour d'appel de Versailles a statué sur un litige opposant une société de droit tchèque qui s'était approvisionnée auprès d'une société de droit français d'éléments en métal destinés à être assemblés par soudage sur des structures de sièges automobiles vendues en Allemagne.

Alors que le contrat cadre (appelé *Nomination Letter*) avait été conclu entre une société sœur de droit allemand de la société tchèque acheteuse et la société française vendeuse, les contrats d'application déterminant le prix des marchandises, le lieu de livraison et les modalités de paiement (appelés *Price Agreement*) furent conclus directement entre la société tchèque et la société française. Ce faisant, les conditions générales devant régir la relation contractuelle entre ces dernières et réputées avoir été acceptées par l'approbation du Price

1 Cour d'appel de Versailles, arrêt du 1er décembre 2022, RG 21/03438, disponible sur le site dédié à la jurisprudence internationale relative à la CVIM https://cisg-online.org, n° 6160.

Agreement étaient celles de la société allemande. Ces conditions désignaient la loi allemande en tant que loi applicable à l'exclusion expresse de la CVIM.

Devant la Cour d'appel, la vendeuse française allégua que les conditions générales invoquées par l'acheteur tchèque n'avaient pas été portées à sa connaissance et qu'elle ne les avait pas acceptées.

Dans son arrêt, la Cour d'appel ne thématise toutefois pas cette question et se borne à constater que « que les parties étaient liées par un 'Price agreement' signé le 8 octobre 2009 par la société [française], lequel renvoie aux conditions générales d'achat de la société [allemande]. Or, ces conditions générales excluent expressément l'application de la Convention de Vienne sur la vente internationale de marchandises et visent la loi allemande comme loi applicable au contrat. En conséquence, seule sera examinée la question de la déchéance du droit d'agir de la société [tchèque] au regard de l'article 377 du Code de commerce allemand. »

Si cette constatation ne s'appuie pas sur des éléments concrets, lesquels auraient dû au demeurant être précisés dans les motifs, force est de constater qu'elle s'écarte des principes reconnus en la matière. La doctrine internationale considère en effet que, dans le domaine d'application de la CVIM, le simple renvoi à des conditions générales figurant sur un contrat d'application ne suffit pas à lui seul à fonder l'application des conditions. Il est de surcroît nécessaire que l'autre partie ait eu la possibilité de prendre connaissance des conditions générales.[2]

Délai de dénonciation des défauts de la marchandise entre professionnels

Ayant établi l'application de la loi allemande, la Cour d'appel de Versailles se penche sur une éventuelle déchéance du droit d'agir de l'acheteur tchèque au regard de l'article 377 du Code de commerce allemand (*Handelsgesetzbuch* - HGB). En l'espèce, les livraisons prétendument défectueuses étaient intervenues les 4, 9 et 18 mars 2011. Le 2 mai 2011, la société acheteuse tchèque informa la vendeuse, par courriel émanant d'un de ses ingénieurs, qu'un défaut de soudure avait été constaté lors de l'assemblable des éléments en métal. Le même mois, le fabricant automobile allemand auquel étaient destinés les sièges signala à la société allemande, sœur de l'acheteuse, qu'un test de collision avait donné lieu à des résultats non conformes.

2 Voir l'avis n° 13 du CISG Advisory Council du 20.01.2013, téléchargeable sous : https://cisgac.com/wp-content/uploads/2023/02/German_opinion13.pdf. Cet avis s'appuie notamment sur la jurisprudence du *Bundesgerichtshof* (arrêt du 31.10.2001, cisg-online n° 617). Schlechtriem/Schwenzer/Schroeter, Kommentar zum UN-Kaufrecht, 7ème éd., 2019, Art. 14, n° 110 et suiv., notamment n° 127 ; Kröll/Mistelis/Perales Vicasillas, UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods, 2ème éd., 2018, n° 38 et suiv. Pour l'état des discussions, voir également Witz, Vente internationale de marchandises, 2ème éd, 2023, n° 231-81 et suiv.

La Cour énonce tout d'abord les principes applicables en déclarant comme suit : « L'article 377 du Code de commerce allemand (HGB) dispose qu'en matière de vente entre professionnels, l'acheteur est tenu d'inspecter les marchandises immédiatement après leur livraison par le vendeur et d'informer aussitôt ce dernier de tout éventuel défaut de conformité; si l'acheteur omet de dénoncer un éventuel défaut, les marchandises sont réputées avoir été approuvées, à moins qu'il ne s'agisse d'un défaut de conformité non décelable par l'examen de la marchandise à la livraison; si le défaut de conformité est décelé ultérieurement, la dénonciation doit se faire immédiatement après la découverte de ce défaut, faute de quoi la marchandise est considérée comme acceptée par l'acheteur malgré l'existence dudit défaut. »

Quant à la forme de la dénonciation, qui en l'espèce avait été réalisée par courriel, la Cour, reprenant les allégations de l'acheteuse, constate, « qu'il est parfaitement admis, en droit allemand, que le défaut de conformité des produits vendus soit dénoncé par courriel, aucune forme n'étant requise par l'article 377 susvisé ». Enfin, s'agissant du délai de dénonciation, les juges d'appel estiment que le délai raisonnable prévu à l'article 377 du HGB a bien été respecté puisque qu'en l'espèce, « les premières anomalies avaient été constatées début mai 2011 lors de l'assemblage des articulations issues des livraisons du mois de mars 2011 et que ces anomalies ne pouvaient pas être détectées avant le soudage des pièces ».

Sur ces deux points, la Cour d'appel de Versailles a bien appliqué le droit allemand. Des vices cachés, non-apparents lors de la livraison, doivent être dénoncés à leur découverte (art. 377 al. 3 HGB). Précisément, dès le premier indice d'un éventuel défaut, l'acheteur doit procéder à l'inspection prévue à l'article 377 et, si celle-ci révèle un défaut, il doit procéder à sa dénonciation.[3] Cette dénonciation doit avoir lieu immédiatement (*unverzüglich*, c'est-à-dire sans retard fautif au sens de l'article 121 du Code civil allemand - BGB), ce qui, selon la jurisprudence correspond à un délai très court d'un à deux jours, week-end non compris.[4] Quant à la forme, il est acquis que la dénonciation n'est soumise à aucune forme, mais l'acheteur aura soin de constituer la preuve de la dénonciation. Ainsi, la dénonciation par courriel est certes possible mais lorsque la réception du courriel est contestée par

3 Hopt-Leyens, Handelsgesetzbuch, 42ème éd., 2023, § 377 n° 39. Münchener Kommentar-Grunewald, Handelsgesetzbuch, 5ème éd., 2021, § 377 n° 78.

4 Hopt-Leyens, Handelsgesetzbuch, 42ème éd., 2023, § 377 n° 35. Münchener Kommentar-Grunewald, Handelsgesetzbuch, 5ème éd., 2021, § 377 n° 81.

l'adversaire, sa preuve sera faible[5], l'acheteur ayant la charge de la preuve de la réception par le vendeur de l'information[6].

Notons en marge que la déchéance du droit d'agir par manque de dénonciation des vices cachés dans le délai raisonnable suivant la découverte des vices, prévue par la loi allemande, rend la loi allemande plus favorable au vendeur professionnel que ne l'est la loi française.

Suspension du cours de la prescription par la conduite de négociations

Le délai de déchéance visé à l'article 377 HGB n'est pas un délai d'agir et ne doit pas être confondu avec un délai de prescription. Si ce premier délai a bien été respecté, encore faut-il que l'action en justice soit ensuite engagée avant prescription des droits.

Dans l'espèce soumise à la Cour d'appel de Versailles, l'assignation avait été délivrée devant le tribunal de commerce de Nanterre le 28 mars 2013. Or, l'article 438 du BGB soumet l'action fondée sur la défectuosité de la chose vendue à un délai de prescription de deux ans à compter de la livraison de la chose, ainsi que le rappelle à juste titre la Cour d'appel. On relèvera cette nouvelle différence de taille par rapport à la loi française qui fait courir le délai de deux ans à compter du jour de la découverte du vice (article 1648 du Code civil).

Alors même que le délai de deux ans avait expiré à la date de délivrance de l'assignation, la Cour ne va pas accepter la fin de non-recevoir invoquée par la vendeuse française, en constatant que le cours de la prescription avait été suspendu du fait des négociations menées entre les parties quasiment jusqu'à la délivrance de l'assignation. Pour ce faire, elle se base sur l'article 203 du BGB lequel établit une cause de suspension par des négociations entre débiteur et créancier portant sur le droit ou les circonstances établissant le droit. La suspension cesse dès lors qu'une des parties refuse la poursuite des négociations. Là aussi, le droit allemand se montre plus flexible que le droit français qui refuse de voir dans des pourparlers menés entre les parties une cause de suspension.[7]

Lorsque les négociations ont échoué et que l'affaire est portée en justice, il n'est cependant pas rare que les parties ne s'entendent plus sur la nature des discussions menées pendant la phase précontentieuse. Pour cette raison, un accord de renonciation à la prescription pendant une période déterminée est toujours utile.

Dans l'affaire soumise à la Cour de Versailles, les parties avaient bien envisagé la conclusion d'un tel accord mais la société française venderesse s'y était opposée en indiquant qu'elle était « sur le principe,

5 Hopt-Leyens, Handelsgesetzbuch, 42ème éd., 2023, § 377 n° 40.

6 Münchener Kommentar-Grunewald, Handelsgesetzbuch, 5ème éd., 2021, § 377 n° 73.

7 Cour de cassation, Chambre civile 2, arrêt du 5 octobre 1988, n° 87-16.371.

prête à discuter et investiguer sur les prétendues défectuosités des articulations » mais qu'elle ne voyait pas « la nécessité ni l'intérêt particulier de [l'acheteuse] à obtenir un accord écrit de renonciation à la prescription » tout en confirmant « à nouveau sa bonne volonté ». La teneur de cette lettre, combinée avec les autres échanges mènent les juges d'appel à la conclusion que, tout au moins jusqu'à la date de cette lettre, des négociations suspensives du cours de la prescription étaient bien en cours entre les parties.

Ainsi, l'assignation délivrée deux jours après ladite lettre est jugée non-prescrite. À cet égard, la Cour d'appel a interprété souverainement les circonstances de l'espèce tout en appliquant correctement le droit civil allemand. En effet, il n'est certainement pas nécessaire que le débiteur du droit reconnaisse l'existence du droit, voire même se déclare disposer à transiger. Il suffit que le créancier puisse déduire des déclarations du débiteur que celui-ci accepte de s'engager dans une discussion sur le bien-fondé de la prétention.[8]

Alors que la société tchèque a obtenu gain de cause sur l'application de la loi allemande et le rejet des fins de non-recevoir basées sur la déchéance et la prescription du droit, elle succombe finalement avec ses demandes, la Cour de Versailles estimant que la demanderesse ne rapporte pas la preuve que la cause du dommage est imputable à la vendeuse. La Cour rejette également la demande d'expertise formée par la demanderesse au motif que cette demande, intervenant plus de deux ans après les faits, n'est plus justifiée, les éléments de preuve ayant probablement disparu. Cette demande n'était plus régie par la loi allemande, mais bien par la loi française, loi de la procédure.

Quoi qu'il en soit, l'arrêt du 1er décembre 2022 de la Cour de Versailles nous fournit un exemple réussi de l'application de la loi allemande par le juge français et livre au juriste d'horizon français des informations utiles pour comprendre l'articulation des délais de déchéance et de prescription en droit allemand de la vente.

Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M. ist Rechtsanwältin in Düsseldorf, Fachanwältin für Internationales Wirtschaftsrecht und Avocat à la Cour de Paris.

Ihr Tätigkeitsschwerpunkt ist das Handels- und Vertriebsrecht im deutsch-französischen Rechtsverkehr.

Sie ist Mitglied im Vorstand der DFJ und Schriftleiterin der Actualités.

8 Grüneberg-Ellenberger, Bürgerliches Gesetzbuch, 82ème éd., 2023, § 203 n° 2.

Recht verständlich

Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung - La durée du travail et son contrôle

von Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin/Paris

Der EuGH hatte in einem Urteil vom 14. Mai 2019 (C-55/18) auf Vorlage eines spanischen Gerichts entschieden, dass Arbeitgeber ein „objektives, verlässliches und zugängliches System“ zur Erfassung der täglichen Arbeitszeit ihrer Arbeiternehmer einführen müssen. Dies ergebe sich durch Auslegung der Arbeitszeitrichtlinie sowie der Arbeitsschutz-Rahmenrichtlinie. Nur so lasse sich überprüfen, ob zulässige Arbeits- und Ruhezeiten eingehalten würden.

Unter Verweis auf dieses Urteil und in unionsrechtskonformer Auslegung von § 3 Abs. 2 des Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG) entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) sodann am 13. September 2022 (1 ABR 22/21), dass ab sofort die gesamte Arbeitszeit der Arbeitnehmer in einem Betrieb aufzuzeichnen sei. Zur Sicherung des Gesundheitsschutzes hätten Arbeitgeber “für eine geeignete Organisation zu sorgen und die erforderlichen Mittel bereitzustellen.”

Während in Frankreich der *Code du travail* bereits detaillierte Pflichten zur Dokumentation der Arbeitszeiten vorsah und hier aufgrund des EuGH-Urteils keine legislativen Anpassungen vorzunehmen waren, war bislang in Deutschland gesetzlich nur eine Pflicht zur Dokumentation von Überstunden und Arbeitszeit an Sonn- oder Feiertagen in § 16 Abs. 2 ArbZG vorgesehen.

An diese Vorschrift knüpft der nunmehr am 24. April 2023 vorgelegte Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), der dort eine allgemeine Pflicht zur elektronischen Aufzeichnung von „Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit der Arbeitnehmer jeweils am Tag der Arbeitsleistung“ und zur Aufbewahrung der Arbeitszeitnachweise einführt.

Die Erfassung kann durch die Arbeitnehmer erfolgen, der Arbeitgeber bleibt jedoch letztlich für die ordnungsgemäße Aufzeichnung verantwortlich (Abs. 3) und hat „durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass ihm Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen zu Dauer und Lage der Arbeits- und Ruhezeiten bekannt werden“ (Abs. 4). Auf Anforderung des Arbeitnehmers hat der Arbeitgeber diesen über die aufgezeichnete Arbeitszeit zu informieren und ihm eine Kopie der Aufzeichnungen zur Verfügung zu stellen (Abs. 5). Abweichungen hiervon sind über einen Tarifvertrag oder auf Grund eines Tarifvertrags in einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung zulässig (Abs. 7).

Genauere Vorgaben zur Ausgestaltung der elektronischen Erfassung fehlen, daher ist neben Zeiterfassungsgeräten auch die elektronische Aufzeichnung mit Hilfe von Apps oder Excel-Tabellen zulässig.

Die Verortung der Pflicht zur Zeiterfassung im Arbeitszeitgesetz (und nicht, wie das BAG es tut, im Arbeitsschutzgesetz), nimmt leitende Angestellte im Sinne von § 5 Abs. 3 BetrVG von der Pflicht zur Arbeitszeiterfassung aus. Dies führt zu der im Vorfeld des Entwurfs viel diskutierten Frage der Beibehaltung der Vertrauensarbeitszeit. Diese soll laut Entwurf jedoch weiterhin möglich sein, solange die gesetzlich zulässigen Höchstarbeitszeiten nicht überschritten und die Pausenzeiten eingehalten werden und beides dokumentiert ist.

Die Frage, ob das deutsche Arbeitszeitmodell insgesamt noch zeitgemäß ist oder einer Anpassung an veränderte Arbeitsbedingungen und -anforderungen bedarf, wird in dem Entwurf und in den vielfältigen Diskussionen in Lehre und Praxis kaum berührt. Ein Blick nach Frankreich und die hier zur Auswahl stehenden Arbeitszeitmodelle über die 35-Stunden-Woche hinaus böte hier Anregungen zur Neugestaltung der Arbeitszeit insgesamt.

(s. dazu auch die Rezension der Dissertation von Philipp Wollert in dieser Ausgabe)

Dr. Konstanze Brieskorn ist Rechtsanwältin in Berlin, Kanzlei hw&h Hertslet Wolfer & Heintz Avocats & Rechtsanwälte, Paris. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind Arbeits- und Wirtschaftsrecht im deutsch-französischen Rechtsverkehr.

Sie ist Mitglied der Schriftleitung der Actualités.

Lesenswertes

Sina Maria Kemper, Erfolgsbedingungen innovativer Beteiligungsverfahren in modernen Demokratien. Eine Untersuchung am Beispiel des Konsultationsverfahrens zur Revision des französischen Bioethikgesetzes, Schriftenreihe der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung Nr. 7, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022, 170 S.

von Dr. Jürgen Jekewitz, Bonn/Dorweiler

Zu einem Zeitpunkt, in dem in der französischen Nationalversammlung um das Zustandekommen des am Ende dieser Wahlperiode wohl politisch wichtigsten Vorhabens gerungen wurde, um die Besprechung der in deutscher Sprache verfassten Dissertation einer deutschen Juristin über ein zumindest derzeit noch spezifisch französisches Thema der nationalen Gesetzgebung, zu bitten, ist eine Herausforderung. Zwar ist der von Staatspräsident Emmanuel Macron mit Hilfe seiner Premierministerin Elisabeth Borne für einen Abbruch der Schlussabstimmung im Parlament – der Senat hatte der geplanten Rentenreform schon zugestimmt – aktivierte Art. 49 der französischen Verfassung schon seit deren Neufassung 1958 in Geltung und wurde früher bereits häufiger in Anspruch genommen, worauf die immer gut informierte Pariser Korrespondentin der FAZ aufmerksam gemacht hat.[9] Aber Macron hat die Neuordnung des Rentensystems nun einmal zu einem Hauptpunkt seines Einstiegs in die bevorstehenden Wahlauseinandersetzungen gemacht; und schließlich war er es, worauf in der hier zu besprechenden Arbeit (S. 18. Fn. 14) ausdrücklich hingewiesen und damit zu einer Art Leitmotiv unterlegt wird, in seinem Wahlprogramm von 2017 selbst den „Ausbau von Bürgerbeteiligung durch innovative Methoden zur Evaluierung der parlamentarischen und gesetzgeberischen Arbeit“ versprochen hat.

Dies vorausgeschickt, hätte vielleicht schon für sich allein eine Einbeziehung dieser Dissertation in die Auswahl für die Schriftenreihe der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung sein können, obwohl es sich nicht um eine rechtsvergleichende Arbeit handelt. Die deutsche Verfassungs- und Parlamentsrechtslage ganz allgemein, und auf den nach dem Zweittitel in den Mittelpunkt gestellten Gegenstand der Bioethik bezogen erst recht, wird nämlich etwas lieblos an den Rand geschoben. Denn es genügt nicht, auf etwaige Folgen einer zunehmenden Parlaments- und damit Repräsentationsmüdigkeit zu verweisen. Es hat durchaus Ansätze nicht erst jetzt, sondern schon in den 50er und 60er Jahren zu einer Veränderung des Blickwinkels auf die Akzeptanz politischer Entscheidungen je nach ihrem Zustandekommen gegeben. Auch das für die Arbeit als „Beispiel“ gewählte „Konsultationsverfahren zur Revision des französischen Bioethikgesetzes“ ist zwar charakteristisch für die manchmal auch für den geübten Kenner des Aufbaus des französischen Rechtssystems unübersichtliche „(Un)-Ordnung“, aber keinesfalls symptomatisch für die Arbeit französischer Entscheidungsfinder.

9 Siehe auch in diesem Zusammenhang den lesenswerten Artikel von Marc Zitzmann, „Jasager gegen Saboteure" (FAZ vom 29.04.2023, S. 14), der sich mit der jüngsten Entscheidung des *Conseil constitutionnel* zur Rentenreform befasst (*Décision n° 2023-849 DC du 14 avril 2023 sur la loi de financement rectificative de la sécurité sociale pour 2023*).

In die führt die Dissertation jedoch sachgenau und präzise für dieses Objekt ein. Im Mittelpunkt steht das 2011 ins Leben gerufene *Comité Consultatif National d'Éthique pour les Sciences de la Vie et de la Santé*, das zwar eine quasi-staatliche Funktion hat, aber durch den Auftrag zur regelmäßigen Einberufung von *États Généraux de la Bioéthique* mit Repräsentanten aus einschlägig ausgewiesenen und teilweise vorbestimmten Bevölkerungsgruppen mit dem Ziel der Erarbeitung von Vorschlägen zur Revision des französischen Bioethikgesetzes – daher der Haupttitel – von der Verfasserin als „innovatives Beteiligungsverfahren in modernen Demokratien" eingeordnet, bewertet und zur Grundlage von eigenen Kriterien gemacht. Diese wiederum werden an den Vorschlägen gemessen, die von den *États Généraux* zu den einzelnen, zwar stets unter der Überschrift „*Bioéthique*" geführten, aber durchaus in ihrem Gewicht und entsprechend ihrer sachöffentlichen Einschätzung unterschiedlichen Komplexen des Gesamtthemas gemacht worden sind. Die mit Akribie dazu durchforstete französische Fachliteratur mag dazu führen, dass nicht nur Juristen und Juristinnen und die besonders in der Arbeit aufgerufenen Politologen und Politologinnen mit Gewinn darin lesen. Und das ist schließlich der Sinn einer Aufnahme derartiger Arbeiten in eine eigene Reihe.

Philipp Wollert, Entgrenzte Tätigkeit und ständige Erreichbarkeit im *Mobile Office* – Das französische *droit à la déconnexion* als Vorbild für Deutschland? Schriftenreihe der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung Nr. 6, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2022, 313 S.

von Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin/Paris

Dr. Philipp Wollert, seit 2021 Rechtsanwalt am Kölner Standort von Mazars in der Praxisgruppe Arbeitsrecht und im French Desk, studierte von 2010 bis 2016 Rechtswissenschaften an den Universitäten Köln und Paris 1 Panthéon-Sorbonne im Rahmen des Deutsch-Französischen Studiengangs. Nach seinem Abschluss war er von 2017 bis 2021 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Barbara Dauner-Lieb in Köln und schrieb dort auch seine Promotion zum Thema der *déconnexion*, die im vergangenen Jahr in der Schriftenreihe der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung bei Nomos erschien.

Mit dem Thema der „ständigen Erreichbarkeit im *Mobile Office*" hat Philipp Wollert das hochaktuelle Thema der immer stärkeren Verwischung der Grenzen zwischen beruflicher und privater Sphäre aufge-

griffen, für das Problembewusstsein und Lösungsansätze erst langsam reifen. Es wirft die Frage nach dem Recht oder sogar der Pflicht der Arbeitnehmer*innen auf bzw. zu Einschränkung der durch technologischen Fortschritt insbesondere in der Kommunikation, aber auch durch die Zunahme von *Home Office* und *Mobile Office* im Zuge der Corona-Pandemie ermöglichten ständigen Erreichbarkeit. Die Frage, ob die geltenden gesetzlichen Regelungen zu Arbeits- und Ruhezeiten die Arbeitnehmer*innen noch ausreichend schützen oder angepasst werden müssen, geht einher mit der Frage, wie die Arbeitsleistung und -zeit einerseits sowie andererseits Freizeit und Ruhezeiten definiert werden sollen und wie sich telefonische oder elektronische Erreichbarkeit in diese Kategorien einfügen. Hierzu kann ein Blick in die Rechtssysteme anderer Länder Erkenntnisse liefern.

Philipp Wollert blickt dazu zunächst nach Frankreich, wo das Recht auf Nichterreichbarkeit im Jahr 2016 in Art. L. 2242-17 Nr. 7 und Art. L. 3121-64 II Nr. 3 des *Code du travail* eingeführt wurde, ausgestaltet als Themen, die bei den jährlichen Verhandlungen von Betriebs- oder Kollektivvereinbarungen sowie von individuellen Vereinbarungen über die Pauschalierung von Arbeitszeit zu berücksichtigen sind. Eine gesetzliche Definition des *droit à la déconnexion* fehlt zwar, sodass den Verhandlungspartnern, aber auch der das Thema gelegentlich aufgreifenden Rechtsprechung ein gewisser Gestaltungs- und Auslegungsspielraum gegeben ist. Dennoch zeigt der Blick des Autors in eine ganze Reihe von Kollektivvereinbarungen großer französischer Unternehmen wie Orange, Michelin, Areva oder Carrefour, dass das Thema angegangen und nach – sehr unterschiedlichen und zum Teil unternehmensspezifischen – Lösungsmöglichkeiten gesucht wird.

In einem weiteren Schritt blickt der Autor auf die Gesetzgebung anderer Länder, die bereits ein Recht auf Nichterreichbarkeit gesetzlich verankert haben oder in denen zumindest ein Gesetzesentwurf vorliegt, wie Italien, den Philippinen, Südkorea, Belgien oder den USA. Hier stand häufig die französische Gesetzgebung Pate, aber auch andere Länder, die eben noch keine entsprechende Regelung erlassen haben.

Damit stellt sich für das deutsche Recht die Frage, ob die aktuellen Bestimmungen, insbesondere des Arbeitszeitgesetzes, noch zeitgemäß sind, um den Schutz der Arbeitnehmer*innen auch unter den Bedingungen einer sich zunehmend verändernden Arbeitswelt zu gewährleisten.

An dieser Stelle tritt der Autor nochmals einen Schritt zurück, um die Bedeutung der Frage der Erreichbarkeit einzugrenzen und von verschiedenen Seiten her zu beleuchten: Letztlich geht es hierbei um einen Zustand des Arbeitnehmers, der der Rufbereitschaft ähnelt, al-

lerdings nicht oder nur selten mit dem Ziel, im Falle einer Kontaktaufnahme tatsächlich seine Hauptleistungen aus dem Arbeitsverhältnis außerhalb der regulären Arbeitszeit zu erbringen, sondern eher um geringfügige Tätigkeiten wie eben das Lesen oder Weiterleiten von E-Mails oder der Weitergabe von Informationen. Die Frage der Erreichbarkeit dreht sich weiter darum, ob diese vom Arbeitgeber angeordnet oder sogar vom Arbeitnehmer gewünscht ist, sowie in der Folge um die Pflichten des Arbeitgebers, für Ruhepausen und vollständiges (geistiges) Abschalten seiner Arbeitnehmer außerhalb der regulären Arbeitszeit zu sorgen.

An dieser Stelle ist zunächst eine – rechtliche wie gesellschaftliche – Grundentscheidung zu treffen, ob ein Recht oder eine Pflicht auf Nichterreichbarkeit bestehen soll und wenn ja, wie diese auszugestalten wären. Als gesetzliche Lösungen kommen insbesondere eine Neudefinition der Arbeitszeit oder der Arbeitsleistung, eine Änderung des Arbeitsschutzgesetzes, eine Einschränkung des Anwendungsbereiches des Arbeitszeitgesetzes auf bestimmte Kategorien von Arbeitnehmern oder auch eine Flexibilisierung der Regelungen zu den Pausen- und Ruhezeiten sowie den Urlaubszeiten in Betracht. Auf der anderen Seite steht der Anstoß zu einem gesellschaftlichen Diskussionsprozess über Dauer, Lage und Art der Arbeitszeit und die damit verbundene Frage, wie bestimmte Kategorien von Arbeitnehmern in Zukunft ihre Arbeit erledigen sollen, wieviel gesetzliche Regelung nötig und wieviel selbstverantwortliche Gestaltung durch die Arbeitsvertragsparteien möglich ist (s. dazu die in der Arbeit beleuchteten Betriebsvereinbarungen aus der deutschen Automobilindustrie) und ob eine starre, detaillierte gesetzliche Regelung überhaupt mit der sich schnell fortentwickelten Arbeitswelt Schritt halten kann.

Möglicherweise wird man hier über eine Überarbeitung des Arbeitszeitgesetzes über eine Regelung zur elektronischen Zeiterfassung hinaus nachdenken müssen.

Literaturhinweise BIJUS

von Dr. Maria Kordeva, Strasbourg/Sarrebruck

Fabienne Kutscher-Puis, Vertrieb in Frankreich nach dem Egalim 2-Gesetz, *Zeitschrift für Vertriebsrecht*, 1/2023, S. 22-26.

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat 2017 die sogenannten *États généraux de l'alimentation* (Generalstände der Ernäh-

rung, abgekürzt „*Egalim*“) aufgerufen, die in verschiedenen Arbeitsgruppen Vertreter der Zivilgesellschaft aus den Bereichen der Lebensmittelerzeugung und -industrie und des Lebensmitteleinzelhandels zusammengebracht haben, deren Ziel insbesondere die Gewährleistung eines angemessenen Verkaufspreises sowohl für Verbraucher*innen als auch für Landwirte und die Wiederherstellung eines Gleichgewichts entlang der Lebensmittellieferkette war. Nach Abschluss der öffentlichen Beratungen wurde das Gesetz Nr. 2018-938 vom 30. Oktober 2018, auch *Egalim*-Gesetz genannt, verabschiedet. Nach allgemeiner Auffassung wurden die erklärten Ziele des Gesetzes verfehlt. 2021 hat die französische Regierung erneut öffentliche Beratungen in diesem Bereich aufgerufen. Ein weiteres *Egalim*-Gesetz Nr. 2021-1457 vom 18. Oktober 2021 wurde verabschiedet und stellte aufgrund seines Teilinkrafttretens am 1. Januar 2022 die Beteiligten unter enormem Zeitdruck, standen die Jahresgespräche 2022 bereits an.

Die Bestimmungen des *Egalim 2*-Gesetzes betreffen Agrarprodukte im Sinne des Artikels 1 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Das Gesetz hat neue Bestimmungen in das französische Gesetzbuch für Landwirtschaft und Seefischerei (*Code rural et de la pêche maritime*) eingeführt, die die Beziehungen zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und Erstankäufern regeln. Ein landwirtschaftlicher Betrieb ist ein Betrieb, der einer Tätigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung nachgeht. Verbände von landwirtschaftlichen Betrieben, die Verträge im Namen ihrer Mitglieder verhandeln, unterliegen ebenfalls der Regelung. Ausgenommen werden Direktverkäufe der landwirtschaftlichen Betriebe an Verbraucher*innen. Lieferungen aus Frankreich ins Ausland werden grundsätzlich nicht erfasst. Auch sind die Niederlassungsorte von Verkäufer und Käufer grundsätzlich irrelevant, solange die Agrarerzeugnisse in das französische Gebiet gelangen. Die französische Verwaltung vertritt jedoch die Auffassung, dass die französische Regelung als Eingriffsnorm gilt, sofern der Sachverhalt weitere Anknüpfungspunkte zu dem französischen Gebiet aufweist.

Die *Egalim*-Gesetze haben eine umfassende Regelung der Handelsverträge über Agrarerzeugnisse, Lebensmittel und Tiernahrungsmittel entlang der gesamten Lieferkette erstellt, welche ihres Gleichen in Europa sucht und unter anderem interessante Regelungen zur Preisanpassung vorsieht. Im Hinblick auf die Agrarerzeugnisse tritt das Gesetz am 1. Januar 2023 in Kraft und gilt für alle Warenlieferungen, die auf französischem Gebiet durchgeführt werden. Da die Regelung Teil der französischen ordnungspolitischen Bestimmungen ist, gilt sie unabhängig von dem auf dem Vertrag anwendbaren Recht. Grund genug für deutsche Exportunternehmen und deren Berater*innen, sich mit der stark formellen Regelung im Überblick zu befassen. Wenngleich der

Schwerpunkt der neuen Vorgaben auf den Vertragsbeziehungen zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und Erstankäufern liegt, betrifft ihre Wirkung die gesamte Lebensmittellieferkette. Verbraucherrechtliche Bestimmungen und Bestimmungen zu unlauteren Handelspraktiken, die zwar auch Teil der *Egalim*-Gesetze sind, werden in diesem Aufsatz nicht angesprochen.

Die *Egalim*-Gesetze haben die Verhandlungen über Agrarerzeugnisse und Lebensmittel Mechanismen unterzogen, die zugegeben für Außenstehende schwer nachvollziehbar sind. Das Ziel, den Landwirten einen angemessenen Verkaufspreis zu gewährleisten, ist löblich, der gewählte Weg mühsam. Ein Sonderrecht der Kaufverträge über Agrarerzeugnisse ist jedenfalls entstanden, welches viel Fachwissen und Geschick sowohl von den Vertriebsrechtsspezialisten als auch von den Einkäufern im Lebensmittelhandel fordert. Im internationalen Kontext ist es ratsam, das französische Recht abzuwählen und eine Gerichtsstands - bzw. Schiedsklausel zugunsten Gerichten außerhalb Frankreichs zu vereinbaren, solange die Lieferungen nicht auf französischem Boden erfolgen müssen, also die Produkte nicht in Frankreich verkauft werden. Werden die Produkte jedoch nach Frankreich exportiert, so muss sich der ausländische Lieferant mit der französischen Regelung unbedingt vertraut machen.

Philipp Windeknecht, Olivier Vergniolle, Paul Vendeville, Vincent Frentzel, Ausgewählte steuerliche Konsequenzen des Zuzugs und Wegzugs in Frankreich und Deutschland, Internationales Steuerrecht, 1/2023, S. 15-20.

Trotz eines leichten Rückgangs in den letzten Jahren aufgrund der Pandemie hat die deutsch-französische Mobilität weiter zugenommen. Im Jahr 2021 stand Frankreich zudem auf Rang drei von Deutschlands Exportnationen und auf Rang sechs von Deutschlands Importnationen. Deutschland ist seinerseits der wichtigste Handelspartner Frankreichs. Dieser wirtschaftliche Austausch führt auch zu einem regen Austausch auf personeller Ebene. Rund 120.000 Franzosen sind in den französischen Konsulaten in Deutschland gemeldet, wobei davon auszugehen ist, dass die Anzahl der tatsächlich in Deutschland lebenden Franzosen deutlich höher ausfällt. Die steuerlichen Folgen sollten bei einem Wegzug aus Frankreich nach Deutschland und *vice versa* unbedingt berücksichtigt werden.

Die Besonderheit der Definition des Steuerwohnsitzes im französischen Recht besteht darin, dass eine natürliche Person im Laufe eines Kalenderjahres sowohl steuerlich ansässig als auch nicht ansässig sein kann. Jedoch ist es bisweilen schwierig, das Datum der Aufgabe des

Steuerwohnsitzes zu bestimmen, da dieses auf einer *in concreto*-Beurteilung der verschiedenen Wohnsitzkriterien nach französischem Recht beruht. Es ist daher nicht ungewöhnlich, dass der Tag der Beendigung der steuerlichen Ansässigkeit in Frankreich nicht mit dem Tag übereinstimmt, an dem die natürliche Person Frankreich physisch verlassen hat, sondern mit dem Tag, ab dem die französischen Voraussetzungen der steuerlichen Ansässigkeit aufgrund eines später eingetretenen Ereignisses (Umzug der Familie, Beendigung der beruflichen Tätigkeit usw.) nicht mehr erfüllt werden. Nach französischem Recht werden vier Anknüpfungspunkte herangezogen, um die steuerliche Ansässigkeit (*résidence fiscale*) natürlicher Personen zu bestimmen: der Haushalt (*le foyer*), der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts (*lieu de séjour principal*), der Ort der Ausübung der Haupterwerbstätigkeit (*lieu de l'activité professionnelle principale*) und der Mittelpunkt der wirtschaftlichen Interessen (*centre des intérêts économiques*). Es handelt sich jedoch um alternative und nicht um kumulativ zu erfüllende Kriterien. Daher reicht es aus, dass nur einer dieser Anknüpfungspunkte vorliegt, um als steuerlich ansässig in Frankreich zu gelten. Um seinen steuerlichen Wohnsitz dagegen nicht mehr in Frankreich zu haben, darf keines dieser Kriterien erfüllt sein.

Die französischen Tatbestände zur Begründung des Steuerwohnsitzes werden sehr weit ausgelegt. So ist es nicht ungewöhnlich, dass eine Person weiterhin als steuerlich in Frankreich ansässig betrachtet wird, selbst wenn sie physisch bereits aus Frankreich weggezogen ist. Im Falle eines Umzugs nach Deutschland ist daher nicht auszuschließen, dass die Regeln für den steuerlichen Wohnsitz mit den deutschen Regeln in Konflikt stehen, da diese von der unbeschränkten Steuerpflicht in Deutschland ausgehen könnten. In diesem Fall wird die Frage nach dem steuerlichen Wohnsitz gemäß dem DBA-Frankreich entschieden und die Besteuerungsrechte werden dementsprechend Frankreich oder Deutschland zugewiesen. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 EstG sind natürliche Personen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, unbeschränkt einkommensteuerpflichtig. Eine Person bleibt nicht nur einkommensteuerpflichtig für die bis zum Datum des Wegzugs bezogenen Einkünfte, sondern auch für die Einkünfte aus französischer Quelle, die sie nach ihrem Wegzug weiterhin bezieht. Der Steuerpflichtige muss der französischen Steuerbehörde daher innerhalb von zwei Monaten nach seinem Wegzug seine neue Anschrift mitteilen. Diese Formalität kann online erledigt werden. Anschließend muss er im Jahr nach seinem Wegzug in Frankreich eine Einkommensteuererklärung für die in Frankreich bezogenen und steuerpflichtigen Einkünfte abgeben. Wenn er weiterhin in Frankreich steuerpflichtig ist, muss er jedes Jahr nach seinem Wegzug eine solche Steuererklärung abgeben.

Die Steuersysteme in Frankreich und Deutschland ähneln sich vom Grundsatz sehr, weichen im Detail jedoch stark voneinander ab: Die steuerliche Ansässigkeit kann auch aufgrund des Mittelpunkts der wirtschaftlichen Interessen in Frankreich begründet werden. Die französische Wegzugssteuer umfasst sowohl Personen- als auch Kapitalgesellschaftsbeteiligungen im steuerlichen Privatvermögen. Zudem verfügt Frankreich über ein Sondersteuerregime für zuziehende Fachkräfte und über eine Vermögensteuer in Form einer Immobiliensteuer.

Maria Kordeva, Chronique Allemagne, Annuaire international de justice constitutionnelle, PUAM/Economica, n° 37, 2022, p. 543-569.

Pour sa 37ème édition (portant sur l'année 2021), une des plus anciennes chroniques de jurisprudence constitutionnelle allemande permet au lecteur français d'accéder à quelques décisions importantes de la Cour constitutionnelle fédérale allemande.

En 2021, la Cour a rendu 342 jugements, dont 341 *Beschlüsse*, sans audience orale, et un *Urteil*. La masse la plus importante est composée, sans surprise, des recours constitutionnels individuels (*Verfassungsbeschwerden*) : la Cour a statué sur 249 recours en vertu de l'article 93, alinéa 1er, n° 4a LF, puis viennent, année électorale oblige, 38 décisions sur les recours en contrôle de la régularité des élections (*Wahlprüfungsbeschwerden*), 31 demandes d'ordonnances provisoires (*einstweilige Anordnungen*) en vertu du § 32 de la loi sur la Cour constitutionnelle fédérale, 10 litiges entre organes en vertu de l'article 93, alinéa 1er, n° 1 LF (*Organstreitverfahren*), 9 décisions sur le contrôle concret des normes (*konkrete Normenkontrolle*), 3 sur le contrôle abstrait des normes (*abstrakte Normenkontrolle*) et 2 décisions sur l'inconstitutionnalité de partis politiques (*Feststellung der Verfassungswidrigkeit bei Parteien*).

La loi fédérale sur la protection climatique (*Bundes-Klimaschutzgesetz*) du 12 décembre 2019, entrée en vigueur le 18 décembre 2019 constitue l'ossature législative actuelle de la protection environnementale. Elle contient une série de mesures, rendues obligatoires en vertu des Accords de Paris pris sur le fondement de la Convention-cadre des Nations Unies sur le climat, ainsi que le Sommet climatique des Nations Unies du 23 septembre 2019. C'est cette loi fédérale qui a donné l'occasion à la Cour constitutionnelle fédérale d'annoncer une (possible) inflexion jurisprudentielle après des décennies de décisions tâtonnantes. Cependant, malgré l'effet spectaculaire de la décision, qualifiée d'« historique », il est exagéré de dire que la Première chambre de la Cour a complètement abandonné la réserve qui accom-

pagnait jusqu'alors les décisions rendues dans le domaine de la protection environnementale. La notion d'objectif poursuivi par l'État paraît relative et cet objectif environnemental, conformément à sa structure, ne crée pas de droit fondamental à l'environnement qui aurait pu, jusqu'à la décision de la Cour du 24 mars 2021, être invoqué par un particulier dans le cadre d'un litige l'opposant, par exemple, à une administration. Il est question d'une norme constitutionnelle, qui doit être entendue comme objective-matérielle, ce qui rend difficile une fonction de protection subjective d'un intérêt privé. La Cour administrative fédérale a jugé en ce sens que l'obligation de protéger les fondements naturels de la vie ne peut constituer une base adéquate à l'émergence de droits subjectifs invocables (BVerwG, jugement du 13 avril 1995). La même solution est applicable dans le cas d'associations de protection de l'environnement qui n'ont pas la faculté d'ester en justice en se fondant sur l'obligation de protection environnementale. La conséquence immédiate du caractère objectif de l'article 20a LF est l'impossibilité de former un recours constitutionnel individuel en vertu de l'article 93, alinéa 1er, n° 4a LF. L'article 20a LF est pris dans une double contrainte : il vaut en tant que droit immédiatement applicable et représente au même moment une norme constitutionnelle « ouverte » qui requiert une concrétisation permanente. L'obligation de protection de l'État ne déploie ses effets uniquement au moment où une violation s'est déjà réalisée, mais peut également être destinée à prévenir une violation ultérieure. La possibilité d'examiner des mesures ultérieures à la lumière de l'« ingérence par anticipation » (*eingriffsähnliche Vorwirkung*), en l'absence d'ingérence dans des droits concrets, est désormais ouverte grâce à l'article 20a LF.

Le 15 avril 2021, la Seconde chambre de la Cour constitutionnelle fédérale d'Allemagne a ajouté un nouveau volet dans la série jurisprudentielle mettant en scène des acteurs connus : l'Union européenne et la Loi fondamentale de Bonn du 23 mai 1949. Les requérants demandent à la Cour constitutionnelle fédérale une ordonnance provisoire dès le 22 mars 2021, en finalisant leur demande le 26 mars 2021, date d'adoption de la loi d'approbation litigieuse. Cette demande est une mesure d'urgence intervenant dans certaines hypothèses particulières « en vue de la mise en garde contre de graves préjudices, de l'empêchement d'une contrainte imminente ou pour toute autre raison importante dans l'intérêt général » conformément au § 32 de la loi sur la Cour constitutionnelle fédérale. En l'occurrence, l'objectif des requérants est d'empêcher la signature de la loi par le président fédéral et sa promulgation. L'argumentation est désormais familière de ce type de requête : une violation des droits résultant de l'article 38, alinéa 1er LF en combinaison avec l'article 20, alinéas 1er et 2 LF, article 79, alinéa 3 LF. Par ailleurs, la loi d'approbation de la décision du Conseil n'aurait pas été adoptée par la majorité requise par l'article 23,

alinéa 1er LF en combinaison avec l'article 79, alinéa 3 LF et excéderait les compétences de l'Union résultant de l'article 311, alinéa 3 du TFUE et l'interdiction expresse de l'article 125, alinéa 1er TFUE. Le dernier coup asséné à la loi est celui de l'atteinte qui serait portée à l'identité constitutionnelle de la Loi fondamentale par la décision de juillet 2020 car la responsabilité générale politique et fiscale du *Bundestag* serait remise en cause.

La validation temporaire de ce mécanisme financier n'était pas évidente. Certes, pour un laps de temps très court, la Cour a tenu en haleine la classe politique allemande et européenne car, dans un premier temps, le 26 mars 2021, elle a interdit au président fédéral de signer la loi d'approbation attaquée. La Seconde chambre de la Cour déclare d'abord la demande recevable et fondée avant de la rejeter. La question centrale posée au juge porte sans conteste sur la possible atteinte par le *Bundestag* à sa « responsabilité d'intégration » (*Integrationsverantwortung*).

En ce qui concerne les mesures contre la pandémie de Covid-19 qui sont toujours l'objet de litiges dans les prétoires, la Première chambre de la Cour constitutionnelle fédérale a jugé que les dispositions litigieuses n'étaient pas contraires à la Loi fondamentale et a ainsi validé le dispositif du « frein d'urgence » alors que ce dernier n'était plus en vigueur depuis quelques mois. Avant de rendre sa décision sur le fond le 19 novembre 2021, la Cour avait déjà rejeté une demande dans le cadre de la procédure d'urgence. Le juge déclare les recours partiellement recevables avant de juger que ni les restrictions de sortie et de contact ni les sanctions en cas de non-respect ne violent les droits fondamentaux des requérants.

Le coronavirus est également l'argument de fond de la décision de la Première chambre de la Cour, rendue le 16 décembre 2021, qui décide de la constitutionnalité du « triage » de patients afin de faire face à l'urgence sanitaire dans laquelle a sombré l'Allemagne, à l'instar des autres États européens, au courant des années 2020 et 2021. La Première chambre de la Cour doit répondre à la question de savoir quelle est l'étendue de l'obligation de protection de l'État à l'égard des personnes handicapées et la marge d'appréciation du législateur qui doit adopter des mesures concrètes afin que ces dernières ne soient pas discriminées en raison de leur situation. L'obligation de protection désigne l'obligation de l'État, en particulier du législateur, de protéger le noyau, la substance des droits fondamentaux vis-à-vis des tiers : l'exclusion de personnes handicapées n'est pas uniquement le résultat d'une action de l'État. Dans les relations entre personnes privées, en déployant leur effet horizontal, les droits fondamentaux ne s'appliquent que de manière indirecte. L'effet horizontal des droits fondamentaux s'ajoute ainsi à leur fonction défensive, verticale et classique,

celle de protection contre les ingérences de la puissance publique. En ce sens, le législateur n'est lié par les droits fondamentaux des articles précités que dans le cas où il légifère sur le triage des patients. Au contraire, si le législateur ne prend aucune mesure et omet d'agir, c'est « la dogmatique de l'obligation de protection », qui détermine si une action semble nécessaire pour encadrer le comportement de tiers. Mais, les tiers, en l'espèce les médecins, sont tenus au respect des droits fondamentaux de manière directe (s'ils sont agents dans des établissements hospitaliers publics) ou indirecte (s'ils agissent dans le cadre d'un établissement privé). Afin de mieux prendre en compte la situation de personnes handicapées en urgence médicale, un projet de loi présenté au mois de mai 2022 a fait l'objet de vifs débats. Au mois de juin 2022, le ministre fédéral de la Santé a présenté un projet de loi modifié qui abolit toute forme de discrimination dans le traitement médical en raison non seulement du handicap, mais aussi de l'âge, de la religion, du sexe ou de l'orientation sexuelle et de l'origine ethnique. Mais ce deuxième projet semble n'avoir pas convaincu les personnes concernées.

Rainer Stoermer, Chronique des cours allemandes : La médiation devant les juridictions, Revue française de droit administratif, n° 5, 2022, p. 935-939.

Ces dernières années, le règlement alternatif ou extrajudiciaire des litiges a gagné en importance en Allemagne et au sein de l'Union européenne. Ce mouvement a été accompagné d'une activité législative aux niveaux européen et national. L'adoption de la loi allemande sur la promotion de la médiation *(Gesetz zur Förderung der Mediation*) du 25 juillet 2012 a eu pour objet de transposer les dispositions de la directive européenne 2008/52/CE du Parlement européen et du Conseil du 21 mai 2008 relative à la médiation en matière civile et commerciale, mais sa portée, comme le souligne l'auteur, dépasse la simple transposition.

Selon la définition donnée par le législateur allemand, la médiation est une procédure confidentielle et structurée au cours de laquelle les parties, avec l'aide d'un ou plusieurs médiateurs, cherchent volontairement et sous leur propre responsabilité, à régler leur conflit de façon aimable (§ 1, alinéa 1er de la loi relative à la médiation). Le processus de médiation se caractérise par le fait que les parties expriment leurs intérêts et dégagent elles-mêmes une solution sans passer par la voie juridictionnelle. Le médiateur, qui doit être neutre, ne fait que faciliter la communication et ne tranche pas le litige ni ne dispose d'aucun pouvoir décisionnel. Les parties sont par conséquent libres de s'engager ou non dans une procédure de médiation. Il s'agit ainsi de l'une

des formes les plus importantes de règlement alternatif des litiges, apparentée à la conciliation ou l'arbitrage.

La loi allemande est également conçue comme une loi relative à la profession de médiateur. La règlementation de certaines obligations essentielles à respecter pour les médiateurs ainsi que de la formation initiale et continue, a permis de créer un début de statut (*Berufsrecht*) uniforme régissant les conditions d'exercice de la profession de médiateur. La forme de règlement des litiges couverte par la loi relative à la médiation se situe généralement en amont d'une éventuelle instance en justice et sert à trouver une solution à l'amiable au litige sans l'intervention des tribunaux. Dans tous les types de procès, un renvoi à un médiateur extrajudiciaire n'est possible qu'avec l'accord des parties qui sont libres de choisir le médiateur. En 2012, la modification de la loi introduit dans le Code de procédure civile (*Zivilprozessordnung* - ZPO) allemand une disposition selon laquelle le tribunal peut imposer aux parties une médiation ou un autre mode de règlement extrajudiciaire des litiges conformément au § 278a, alinéa 1er. Cette règle s'applique à la procédure administrative en vertu du § 173 du Code de procédure administrative (*Verwaltungsgerichtsordnung*). Dans le cadre d'un procès civil, les parties « doivent » en outre indiquer, dans la requête, si une médiation extrajudiciaire a eu lieu au préalable et si des motifs s'opposent à une telle procédure (§ 253, alinéa 3, point 1er du ZPO), mais cette règle n'existe pas en procédure administrative.

Une procédure de conciliation obligatoire en tant que condition indispensable de recevabilité d'un procès n'existe en Allemagne que dans le domaine du droit civil, sous la forme, dans certains *Länder*, d'une conciliation obligatoire réglementée. Sur le fondement d'une autorisation fédérale, les États fédérés peuvent subordonner la recevabilité d'un procès civil à la condition que le litige ait fait l'objet d'une tentative de règlement amiable devant un organisme de conciliation mis en place ou reconnu par la *Landesjustizverwaltung*, l'autorité administrative compétente s'agissant de l'administration de la justice du Land. L'introduction de la conciliation obligatoire ne soulève aucune objection constitutionnelle au regard du droit d'accès à la justice garanti par l'État de droit. En Allemagne, comme en France, la question de l'utilité voire la nécessité des règles relatives à la conciliation obligatoire est une question de politique juridique qui fait toujours l'objet de débats.

C'est pour les tribunaux statuant en première instance que le bilan et l'évaluation des modes alternatifs de règlement des litiges se présentent de manière positive, et dans toutes les juridictions. Même si les questions sur le statut du juge conciliateur n'ont pas été résolues jusqu'à présent, l'instance de jugement en conciliation introduite en

2012 ainsi que la médiation interne ont complété les possibilités processuelles existant jusqu'alors dans tous les types de procédures. Le juge conciliateur dispose ainsi d'un éventail d'instruments plus large que le tribunal saisi en première instance. L'instance de « jugement en conciliation » s'avère adaptée à la gestion de litiges complexes. Cela vaut surtout pour les litiges relevant du droit de la famille, pour les nombreuses affaires de droit administratif, comme les différends de voisinage. Les instances de médiation et de conciliation permettent d'envisager ces litiges de façon globale, pour identifier un conflit d'intérêts en amont, qui est souvent à la base d'un conflit juridique traité lors d'un procès.

Les méthodes alternatives de règlement des litiges ont trouvé leur place dans le système juridique allemand. L'avantage principal reste la « paix publique » qui résulte de la résolution d'un conflit en évitant les rouages du système juridictionnel.

Neue Perspektiven

Université franco-allemande
Deutsch-Französische Hochschule

Villa Europa - Kohlweg 7
66123 Saarbrücken (DE)
www.dfh-ufa.org

Die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) sucht für das Generalsekretariat in Saarbrücken einen

Juristen (m/w/d) in Teilzeit (50%)

Die Stelle ist zum nächstmöglichen Termin zu besetzen.

Ihr Aufgabenbereich umfasst u. a.:

- Juristische Beratung der Hochschulleitung, des Generalsekretariats und der einzelnen Referate
- Prüfung interner und externer Sachverhalte auf rechtliche Relevanz, Ausarbeitung von Vorschlägen zur Entscheidungsfindung und -kommunikation und Unterstützung bei der Erstellung juristisch relevanter Korrespondenz
- Anpassung und Aktualisierung von Verträgen und rechtlich relevanter Dokumente u.a. im Hinblick auf aktuelle Projekte (z.B. Digitalisierung interner und externer Verfahrensabläufe, Datenschutz, Ausschreibungen, etc.)
- Vertragsprüfungen, Erstellung und Verhandlung von Verträgen aus allen Tätigkeitsbereichen

Ihr Profil:

- Abgeschlossene juristische Hoch-/Fachhochschulausbildung
- Erste juristische Berufserfahrung, z. B. in einer internationalen Organisation, einer deutsch-französischen Kanzlei, in der Rechtsabteilung eines internationalen Unternehmens oder auch in der öffentlichen Verwaltung sind von Vorteil
- Erste Erfahrungen im Vertrags- und Arbeitsrecht, verbunden mit einem generalistischen Ansatz sowie der Fähigkeit und dem Interesse, sich in neue Sach- und Rechtsgebiete gewissenhaft und genau einzuarbeiten und Lösungsvorschläge zu entwickeln
- Flexibilität und Fähigkeit zu selbstständigem Arbeiten
- Sicherer Umgang mit den gängigen Office-Programmen
- Kenntnisse der deutschen und französischen Arbeitskultur
- Sehr gute Deutsch und Französisch-Kenntnisse idealerweise auf muttersprachlichem Niveau mit guten redaktionellen Fähigkeiten
- Gute Englischkenntnisse

Vergütung / Dauer der Einstellung:
Die Vergütung erfolgt nach Entgeltgruppe 10 TVöD (Bund). Die Stelle ist zunächst auf 2 Jahre befristet. Unter bestimmten Voraussetzungen ist danach eine Entfristung vorgesehen.

Fühlen Sie sich angesprochen?
Ihre aussagekräftige Bewerbung auf Deutsch oder Französisch mit beigefügtem Lebenslauf und Zeugnissen senden Sie bitte bis zum **3. April 2023**, ausschließlich per E-Mail an stellenangebot@dfh-ufa.org (Betreff: **2301-Stelle Jurist (m/w/d)**)

Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter folgendem Link:
https://www.dfh-ufa.org/datenschutz/

GGV
Avocats . Rechtsanwälte

PROPOSITION DE COLLABORATION

REJOIGNEZ UNE EQUIPE VIVANTE, BIENVEILLANTE ET DYNAMIQUE EN DROIT DES AFFAIRES : CONSEIL ET CONTENTIEUX

Nous souhaitons accueillir un collaborateur junior/mid-level en droit des affaires qui saura nous épauler pour apporter un conseil pragmatique et de qualité à nos clients. Il sera acteur d'une équipe humaine, bienveillante où règne l'entraide.

Descriptif du poste / Missions et responsabilités

Votre quotidien est rythmé par différentes missions :

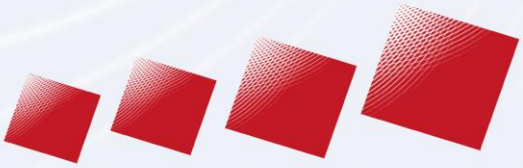
Conseil : préparation des réponses aux questions des clients, recherches juridiques en français comme en allemand, rédaction de notes et consultations juridiques, d'actes, de contrats commerciaux (CGU, CGV…), contrats de licence de logiciels ou de marques, contrats de baux commerciaux, contrats de maîtrise d'ouvrage réalisation d'audits juridiques, d'analyses d'impact, …

Contentieux : contentieux commercial, contentieux immobilier, procédures devant les autorités de contrôle, procédures d'expertise…

En fonction de votre niveau d'expérience et de connaissance, vous serez amené(e) à gérer tout ou partie du dossier : échanges et gestion de la relation avec le client et les autres interlocuteurs (tribunaux, adversaires, etc.), rédaction des actes, réunion d'expertises, plaidoiries, exécution.

Vous travaillerez principalement avec le département IP/IT, protection des données et le département immobilier/financement.

Vous pourrez également être amené(e) à intervenir en soutien auprès des autres départements du cabinet, pour des questions ponctuelles ou pour accompagner des projets transverses.



GGV
Avocats . Rechtsanwälte

PROPOSITION DE COLLABORATION

Environnement de travail

Vous aurez la possibilité de développer votre clientèle personnelle.

Vous participerez à la réunion hebdomadaire durant laquelle vous faites le point sur les dossiers en cours. Vous participerez également une fois par trimestre à des réunion techniques et d'actualité (notamment pour l'élaboration de notre newsletter LFA – Lettre Franco-Allemande).

Grâce à votre force de proposition, vous contribuerez au développement du cabinet.

Les perspectives d'évolution individuelles sont réelles. Nous offrons un environnement de travail propice à la promotion interne avec un plan de carrière au sein de GGV Avocats – Rechtsanwälte. Des entretiens sont menés régulièrement pour travailler les points d'amélioration et développer les perspectives individuelles. Vous pourrez ainsi vous projeter dans l'avenir au sein du cabinet.

Le rythme de travail est exigeant mais maîtrisé : les Associés s'attachent à respecter l'équilibre vie privée / vie professionnelle de leurs collaborateurs. L'ambiance de travail est caractérisée par l'entraide et la solidarité.

Le télétravail est possible une fois la période d'intégration terminée et de façon flexible en accord avec l'Associé référent.

Profil recherché

- Allemand courant ou bilingue
- Anglais professionnel
- Avoir envie de travailler en équipe et de relever des challenges collectifs
- Avoir une appétence pour le monde des affaires
- Avoir le sens de l'entreprenariat
- Être rigoureux et précis
- Être créatif et source de proposition
- Être curieux et aspirer à dépasser le droit pour s'intéresser à des sujets économiques
- Être quelqu'un de confiance sur qui vos managers peuvent compter

GGV
Avocats . Rechtsanwälte

PROPOSITION DE COLLABORATION

Outils mis à votre disposition

- Ordinateur portable
- Secib Néo
- Dalloz Avocats + Editions Législatives
- Lamy Line
- Doctrine
- Pack des éditions Francis Lefebvre (Navis Droit des affaires, Navis Fiscal…)

Avantages

- Cabinet au cœur de Paris – A côté du Louvre et des jardins des Tuileries – A 2 pas de l'Opéra Garnier
- Parking à vélos
- Locaux clairs et spacieux entièrement remis à neuf
- Cuisine équipée conviviale et fonctionnelle / Eau filtrée à volonté (pétillante et plate)
- 1 cours de Pilates par semaine par un professeur diplômé
- Entrainements sportifs (course à pied aux tuileries et bords de Seine)
- Possibilité jusqu'à 2 jours de télétravail par semaine
- Ambiance chaleureuse / équipes soudées
- Evénements Team building
- Un cabinet soucieux de son empreinte environnementale
- De vraies perspectives d'évolution

Sur la rétrocession d'honoraires :

- Une rémunération fixe motivante + bonus

Vous avez envie d'exercer votre métier dans des conditions qui lui donnent du sens ?

Vous avez envie de dépasser le strict cadre juridique pour adopter une vision plus « business » ?

Vous vous retrouvez dans cette annonce ?

Alors rejoignez-nous !

Envoyez votre candidature à Madame Elsa Cazenave :
cazenave@gg-v.net

MARS - IP: eine deutsch-französische und europäische Anwaltskanzlei, die auf geistiges Eigentum, Urheberrecht, personenbezogene Daten und neue Technologien spezialisiert ist. Unsere Kunden sind in verschiedenen wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Bereichen tätig. Wir arbeiten in französischer, deutscher und englischer Sprache, unser Ansatz ist europäisch, wir mögen ihn, und wir denken, dass er die Zukunft ist!

Wir wachsen, und unser Ziel ist es, unser Team zu europäisieren und unseren Kunden mehrsprachige und multijurisdiktionale Kompetenzen in den Bereichen geistiges Eigentum und Wirtschaftsrecht anzubieten. Für unser **Berliner Büro mit Möglichkeit für remote-Arbeit**, auch in Frankreich, suchen wir ab sofort:

eine.n dreisprachige.r Rechtsanwalt.in / avocat.e (F/H/X)

Ihre Ziele und Aufgaben:

Sie werden Teil eines kleinen, dynamischen und multikulturellen Teams von Juristen sein. Sie stehen in Kontakt mit einer internationalen Klientel bei der Beratung und Prozessführung in allen Bereichen des geistigen Eigentums, des Datenschutzes und des Wirtschaftsrechts.

Sie werden das deutsche Rechtsangebot ausbauen.

Was wir anbieten:

- Eine originelle und zeitgemäße Anwaltskanzlei im Herzen von Berlin
- Ein internationales Umfeld in einem kleinen, aber wachsenden und freundlichen Team
- Interessante und abwechslungsreiche Fälle und Aufgaben im französischen, deutschen und europäischen Recht
- Moderne Arbeitsmethoden und eine flache Organisation
- Ein hohes Maß an Selbstständigkeit mit solider Ausbildung

Ihr Profil:

- Sie sind deutscher oder französischer Muttersprachler und beherrschen unsere Arbeitssprachen perfekt: Französisch, Deutsch, Englisch
- Sie sind Rechtsanwalt.in, Inhaber.in eines 2. Staatsexamens / Sie sind französische.r Avocat.e und haben sich vorzugsweise auf das Recht des geistigen Eigentums, personenbezogene Daten und Informationstechnologie spezialisiert
- Sie haben ein echtes Interesse am internationalen Leben
- Sie sind multitaskingfähig, schnell, organisiert und selbstständig. Sie sind kommunikationsfähig und können in einem internationalen Team arbeiten
- Sie haben erste Erfahrungen in einer Anwaltskanzlei oder in einem Unternehmen gesammelt.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung mit einem Anschreiben ausschließlich per E-Mail an office@mars-ip.eu.

Bleibtreustrasse 20 · D-10623 Berlin · T +49 30 56 55 35 50 · F +49 30 56 55 35 520
26, rue du Quatre-Septembre · F-75002 Paris · T +33 1 44 39 49 50 · F +33 1 44 39 49 51 · Palais E 1432
contact@mars-ip.eu · www.mars-ip.eu

Le cabinet MARS – IP : cabinet d'avocat franco-allemand et européen spécialisé en droit de la propriété intellectuelle, droit d'auteur, données personnelles et nouvelles technologies. Nos clients interviennent dans divers secteurs économiques, artistiques et culturels. Travaillant en français, allemand et anglais, notre approche est européenne, nous aimons cela et nous pensons que c'est l'avenir !

Nous nous développons et notre ambition est d'européaniser notre équipe et d'offrir à nos clients des compétences en PI et droit des affaires multilingues et ouvertes sur plusieurs droits. Nous recherchons dès maintenant pour notre bureau de **Berlin, avec la possibilité de travailler à distance, aussi de France:**

un.e avocat.e tri-lingue (F/H/X)

Vos objectifs et missions :

Vous intégrez une petite équipe juridique dynamique et multiculturelle. Vous serez en contact avec une clientèle internationale dans leurs dossiers de conseil et de contentieux dans tous les domaines du droit de la propriété intellectuelle et des données personnelles et du droit des affaires.

Vous développerez l'offre de droit allemand.

Ce que nous offrons :

- Un cabinet original et contemporain en plein cœur de Berlin
- Un environnement international au sein d'une petite équipe bienveillante en plein essor
- Des dossiers et des responsabilités intéressantes et variés en droit français, allemand et européen
- Des méthodes de travail modernes et une organisation horizontale
- Une grande autonomie accompagnée d'une solide formation

Votre profil :

- De langue maternelle allemande ou française, vous maitrisez parfaitement nos langues de travail : français, allemand, anglais
- Vous êtes avocat.e, ou titulaire du 2. Staatsexam avec de préférence une spécialité en Droit de la propriété intellectuelle, données personnelles et technologie de l'information
- Vous avez un réel intérêt pour la vie internationale
- Vous êtes multitasking, rapide, organisé.e et autonome. Les nouveaux défis ne vous font pas peur vous savez communiquer et travailler en équipe internationale
- Vous avez une première expérience en cabinet d'avocat ou en entreprise.

Veuillez envoyer votre candidature avec une lettre de motivation par e-mail uniquement à office@mars-ip.eu

Bleibtreustrasse 20 · D 10623 Berlin · T +49 30 56 55 35 50 · F +49 30 56 55 35 520
26, rue du Quatre-Septembre · F-75002 Paris · T +33 1 44 39 49 50 · F +33 1 44 39 49 51 · Paris E 1432
contact@mars-ip.eu · www.mars-ip.eu

Condor – Leidenschaft ist unser Kompass! Und das ist mehr als nur ein Claim, es ist unsere DNA: Als Deutschlands beliebtester Ferienflieger bringen wir unsere Gäste zu den schönsten Urlaubszielen der Welt. Jährlich fliegen über neun Millionen Passagiere an Bord unserer über 50 Flugzeuge mit Condor zu rund 90 Destinationen in Europa, Afrika und Nordamerika. Condor erhält ab Herbst 2022 als deutscher Erstkunde neue Langstreckenflugzeuge des Typs Airbus A330neo der neuesten Generation, der dank modernster Technologie mit einem Verbrauch von 2,1 Litern pro Passagier auf 100 Kilometer bei höchstem Kundenkomfort europäischer Spitzenreiter ist. Unsere über 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Boden und in der Luft geben jeden Tag mit Leidenschaft, Hingabe und Know-how ihr Bestes und schreiben die nächsten Kapitel unserer 66-jährigen Geschichte. Wir sind ready for Take-Off! Sie auch? Werden Sie Teil der Condor-Familie und bewerben Sie sich jetzt!

Zur Unterstützung unseres Teams in Neu-Isenburg sucht die Condor Flugdienst GmbH einen

Praktikanten im Bereich Recht mit dem Schwerpunkt Zivil- oder Wirtschaftsrecht (m/w/d)

Ihre Aufgaben:

✓ Bearbeitung von Adhoc-Anfragen aus den Fachbereichen, insbesondere hinsichtlich luftverkehrs-, haftungs-, zivilrechtlicher Fragestellungen, sowie Fluggastrechten
✓ Juristische Recherche und Aufarbeitung rechtlicher Sachverhalte und Gerichtsfällen
✓ Gutachterliche Stellungnahmen zu abstrakten Rechtsfragen
✓ Mitarbeit bei Vertragsverhandlungen und Vertragsentwürfen in Absprache mit unseren Volljuristen
✓ Unterstützung bei Projekten gemeinsam mit den Fachabteilungen der Airline
✓ Teilnahme an Besprechungsterminen und Gerichtsterminen

Ihr Profil: Leidenschaft für Luftfahrt:

✓ Immatrikulierte/r Student/in des (Wirtschafts-)Rechts oder anderer relevanter Fachrichtungen
✓ Idealerweise praktische Erfahrungen, wie bspw. Praktika, Ausbildung
✓ Sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit in der deutschen und englischen Sprache
✓ Sicherheit im Umgang mit Standard EDV-Arbeitsmitteln und MS Office
✓ Eigeninitiative, selbständiges Arbeiten und Zahlenaffinität
✓ Interdisziplinäres Arbeiten, schnelle Auffassungsgabe

condor

Das Praktikum muss im Rahmen der Studienordnung vorgeschrieben sein. Eine personifizierte Bescheinigung über das vorgeschriebene Pflichtpraktikum ist erforderlich. Als Dauer sind mindestens 2 Monate vorgesehen, die von uns mit 700,-EUR monatlich vergütet werden.

Unser Angebot: Einsteigen und abheben mit der Condor Familie!
Darauf können Sie sich bei Condor freuen:

✓ Atmosphäre – durch ein sympathisches und motiviertes Team und flache Hierarchien.
✓ Spannung – eine interessante und vielseitige Tätigkeit in einer faszinierenden Branche
✓ Wertschätzung – aktive Aufnahme ins Team und faire Praktikumsvergütung
✓ Erfahrungen – Einblicke in die vielseitige Arbeit in einer der wichtigsten Funktionen einer Airline
✓ Chancen – Jobangebot für die Zeit nach dem Studium für mehr als die Hälfte unserer Praktikanten

Ready for Check-in: Bewerben Sie sich!

Schicken Sie uns Ihre Unterlagen über unser Bewerbungsformular unter www.condor-com/karriere.

condor